

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

27/2006 · 3. Juli 2006



Rumänien und Bulgarien

Richard Wagner

Autistische Nachbarn

Olaf Leïße

Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt

Lucian Boia

Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens

Ivaylo Ditchew

Die geheimen Freuden des Provinzialismus

Ana Blandiana

Kann man Erinnerung lernen?

Thomas Frahm

Savoir vivre auf Bulgarisch

Editorial

Rumänien und Bulgarien werden im kommenden Jahr der Europäischen Union (EU) beitreten – so ist es vorgesehen. Die EU wächst damit auf 27 Mitglieder. Die jüngsten Fortschrittsberichte vom Mai 2006 ließen kaum Zweifel daran, dass die EU-Kommission im Herbst die Aufnahme der beiden ehemaligen Ostblockländer zum 1. Januar 2007 empfehlen wird. Beide sind bereits seit 2004 NATO-Mitglieder.

Die Aufschubklausel des Beitrittsvertrages vom April vergangenen Jahres, nach welcher der Beitritt um ein Jahr verschoben werden kann, setzt Rumänien und Bulgarien unter erheblichen Anpassungsdruck. Fortschritte sind insbesondere bei der Transformation der Wirtschaft und hinsichtlich der Freiheit der Medien zu verzeichnen. Dessen ungeachtet blicken viele EU-Bürgerinnen und Bürger mit Skepsis auf die neuerliche Osterweiterung. Das Image der Kandidaten ist schlecht: In den Monitoring-Berichten wurden erhebliche Mängel bei der Sicherstellung der Unabhängigkeit der Justiz, beim Umgang mit Minderheiten und bei der Bekämpfung des organisierten Menschenhandels angeführt. Die grassierende Korruption gilt nach wie vor als das größte Problem. Sie hat ihre Ursachen in der Armut von bis zu einem Drittel der Bevölkerung und in Defiziten der politischen Kultur. Auch im jüngsten Bericht werden weitere Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung angemahnt.

Die stark agrarisch geprägten Volkswirtschaften werden das Gefüge der Finanzbeziehungen innerhalb der EU auf die Probe stellen. Es erscheint daher immer dringlicher, die Verfassungskrise zu lösen und auch die Grenzen Europas zu bestimmen, um die Zukunftsfähigkeit der erweiterten Union sicherzustellen.

Hans-Georg Golz

Richard Wagner

Autistische Nachbarn

Essay

Jedes Volk“, schreibt der Kulturphilosoph Mircea Vulcanescu in der Einführung zu seinem Essay „Die rumänische Dimension des Seins“, „hat ein eigenes Antlitz und einen bestimmten Gesichtspunkt, von dem aus es die Welt betrachtet und für die anderen widerspiegelt. Jedes Volk macht sich ein Bild

Richard Wagner
geb. 1952 im rumänischen
Banat; Schriftsteller und
Publizist, Berlin.
RWagnero30@aol.com

von der Welt und vom Menschen, in Abhängigkeit von der Dimension, in der sich ihm selbst die Existenz darstellt.“

So ist fast jedes europäische Volk der Meinung, mindestens ein Wort zu haben, das sich nur unvollkommen übersetzen lässt. Im Rumänischen ist es das Wort „dor“. Es wäre auf deutsch mit „Sehnsucht“ nicht ganz getroffen. Ein unübersetzbares Wort ist eines, das gewissermaßen nur für seine Sprecher gilt. Sie haben damit ein kollektives Geheimnis. Das Wort aber wird zum Wappen der Originalität.

In der Erzählung „Die babylonische Sprachverwirrung“ des ungarischen Schriftstellers Dezsö Kosztolanyi verbringt der Protagonist, Kornel Esti, 24 Stunden in Bulgarien, genauer im Schlafwagen des Zuges, mit dem er nach Istanbul fährt. Er spricht kein Wort bulgarisch, sieht man von dem Ausdruck für „ja“ ab, aber er unterhält sich trotzdem die halbe Nacht mit dem bulgarischen Schaffner, indem er diesen zum Reden bringt und immer wieder zum Weiterreden animiert, und zwar dadurch, dass er in regelmäßigen Abständen auf bulgarisch ja sagt und sonst nichts. Er weiß nicht, was der Bulgare ihm mitteilt, obwohl er manchmal etwas zu verstehen meint. Während er mit seinem vielfachen Ja den Gesprächspartner stets von neuem bestätigt, weiß er im Grunde nie, was jener von ihm denkt.

Das hilfreiche wie irreführende Wort „da“, also „ja“, haben Rumänen und Bulgaren gemeinsam. Darüber hinaus haben die beiden Sprachen kaum etwas miteinander zu tun. Sie werden sogar in verschiedenen Alphabeten geschrieben; das Rumänische bedient sich der lateinischen Schrift, das Bulgarische des Kyrrillischen. Die beiden Völker aber haben ein klar umrissenes Bild voneinander. Man lebt zwar in der Nachbarschaft des anderen, aber von der Donau getrennt und ohne aus dieser Nachbarschaft etwas Besonderes machen zu wollen.

Dieses Ohneinander ist nicht zuletzt an den Donauhäfen an beiden Ufern zu beobachten. Jedes Land verwaltet die Donauschiffahrt für sich selbst. Rechts Vidin, links Calafat, rechts Nicopol, links Turnu Magurele, rechts Svistov, links Zimnicea, rechts Russe, links Giurgiu, rechts Tutracan, links Oltenita, rechts Siliistra, links Calarasi. Keiner braucht die Häfen des anderen, keiner nutzt sie. So gibt es die gesamte Logistik zweimal. In den Zeiten des Kommunismus, als die Rhetorik vom „Bruderland“ gepflegt wurde, waren die Ökonomien am deutlichsten voneinander separiert. Der Grenzfluss lag so weit abseits des öffentlichen Blicks, dass das größte politische Straflager Bulgariens auf einer Insel bei Belene eingerichtet werden konnte. Es war die berühmte „Insel der Vergessenen“.

Die Donau ist ein Fluss mit starker Symbolkraft. Für die Bulgaren beginnt an der Donau Bulgarien, für die Rumänen der Balkan. Rumänien sieht sich in einer ostmitteleuropäischen Randlage, Bulgarien wiederum im Herzen des Balkans. Es ist wahrscheinlich das einzige Land, in dem der Begriff Balkan uneingeschränkt positiv besetzt ist und dementsprechend auch offiziell zum Einsatz kommt. In Bulgarien taugt der Balkan als Logo. Rumänien dagegen ist stets darum bemüht, nicht mit dem Balkan in Verbindung gebracht zu werden – als könnte dieser es um seine europäische Existenzberechtigung bringen. Dabei ist das Land kulturell vielfach mit dem Balkan verknüpft, nicht zuletzt durch Folklore und Gastronomie, vor allem aber durch die von Byzanz ausgerufene orthodoxe Religion und deren mentales Substrat. Rumäniens Sonderstellung ist nicht nur eine geographische auf beiden Seiten der Karpaten, die bekanntlich die mitteleuropäische Ost-

grenze bilden, es ist eine dezidiert kulturelle. Bei den Debatten um den EU-Beitritt glaubten rumänische Kommentatoren in Brüssel eine „kalvinistische Konspiration“ zu erkennen.

Rumänien ist das einzige Land mit einer romanischen Sprache im Südosten Europas und das einzige romanisch geprägte Land, das durch die Ostkirche christianisiert wurde. So gesehen ist es, jenseits der journalistischen Klischees, wirklich ein Land zwischen Ost und West, Melange und Hysterie in einem. Oder, wie es der kompromisslose Philosoph Émile Cioran formulierte: „Wozu brauchst du die Lepra, wenn das Schicksal dich wach und gleichzeitig zum Walachen gemacht hat?“

Trotz aller kulturellen Bindungen sieht man in Rumänien den Balkan vor allem als Bedrohung an. Überall wittert man bis heute die Gefahren der Turkokratie, ihre Spätfolgen oder vielleicht auch nur das negative Image, das damit zusammenhängt. Die Schriftstellerin Vesna Goldsworthy sieht den Balkan als Objekt einer westlichen Imaginations-Kolonisierung. Die rumänischen Fürstentümer befanden sich zwar über viele Jahrhunderte im osmanischen Einflussbereich, sie hatten aber in diesem eine Sonderstellung als tributpflichtige selbstverwaltete Territorien, im Unterschied zu den Balkanländern wie Bulgarien, die unter direkter osmanischer Administration standen.

Zwischen Rumänien und Bulgarien sind die Kontakte auch heute spärlich. Immer noch gibt es nur eine einzige Brücke auf der Donau zwischen den beiden Ländern, von den Stalinisten seinerzeit als „Brücke der Freundschaft“ gefeiert. Sie führt von Russe nach Giurgiu, über sie verläuft der gesamte Güter- und Personenverkehr auf der Ostbalkanroute, von Istanbul nach Budapest, sieht man vom zeitlosen Fährenbetrieb an der unteren Donau ab. Eine zweite Brücke ist geplant, es ist aber vor allem ein europäisches Projekt, und das Interesse der beiden unmittelbar betroffenen Länder an seiner Verwirklichung erweist sich als auffallend gering.

Trotz der Sprachlosigkeit zwischen den beiden Ländern gibt es ein lautstarkes Konkurrenzverhalten. Rumänien ist doppelt so groß wie Bulgarien und hat zweieinhalb Mal

so viele Einwohner. Es wacht argwöhnisch darüber, dass Bulgarien keinen Vorsprung, auf welchem Gebiet auch immer, erreicht. Bulgarien wiederum ist bemüht, in welcher Hinsicht auch immer, vor den Rumänen zu rangieren, in den Wachstumsraten, in den Touristenzahlen. Beinahe triumphierend hörte sich die Schlagzeile an, die eine große Bukarester Tageszeitung im Mai, nach der Veröffentlichung des verhaltenen Brüsseler Berichts zum EU-Beitritt der beiden Länder im Januar 2007, produzierte: „Rumänien verliert mit einer Karte aus der Hand Bulgariens“, hieß es dort.

Beide Länder suchen Anerkennung beim europäischen Zentrum, bei der EU. Beide sind seit 2004 stolze NATO-Mitglieder und gehorsame Freunde der USA und deren Außenpolitik. Es ist ein für die Peripherie typisches Konkurrenzverhalten: Man rivalisiert miteinander, ohne mit dem anderen in den Wettbewerb zu treten. Die Rivalität nimmt bisweilen komische Züge an, zumal es kaum Belastungen in den Beziehungen gibt, weder historische noch aktuelle. Die Territorialfrage bezüglich der Süddobruška, die bis in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine Rolle spielte, ist historisch gelöst. Das karge, dünn besiedelte Land ist ohne Geschichtssymbolik. In Rumänien wurde es offiziell Cadrilater genannt, Viereck, was kaum Emotionen erzeugen konnte.

Das politische Erbe der beiden Länder aus den vergangenen Jahrhunderten ist eine Last und wird auch so empfunden. Es geht um die osmanische und die sowjetische Herrschaft und den Versuch der europäischen Gestaltung dazwischen, vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis zur Sowjetisierung. Diese Jahrzehnte, vor allem die Zwischenkriegsära von 1918 bis 1945, werden als Anknüpfungspunkt für die heutige Entwicklung beschworen. Wenn die osmanische und die sowjetische Herrschaft als Gründe für den Stillstand angesehen werden, so gilt die Zeit des Nationalstaats als Wiedergeburt der Nation im Zeichen der europäischen Moderne, als Aufbruchzeit. In beiden Ländern herrscht eine Neigung zur Glorifizierung der Nationalstaatsära. Dabei vergisst man gerne, dass der Anschluss an den europäischen Markt erst spät erfolgte und nie vollständig durchgesetzt werden konnte. Große Teile der Gesellschaft sind bis heute traditionell agrarisch geprägt,

ein urbaner Mittelstand konnte sich in der Hektik der Anpassung an die Moderne nicht herausbilden. Nicht alle Ursachen für Lethargie und Korruption sind der osmanischen Europafeindlichkeit und dem stalinistischen Terror zuzuschreiben. Manches davon lässt sich auch auf das Tempo der Modernisierung von oben in der Nationalstaatszeit zurückführen. Auch daraus resultiert die Macht der Staatsbürokratie und eine fragwürdige Elitenbildung aus ihren Reihen. Der bevorstehende Beitritt zur EU erscheint als zweiter Aufbruch in die Moderne. NATO und EU sind dafür nicht nur der Rahmen, sie sollen vielmehr der Garant sein, dass es nicht wieder zu imperialen Blockaden der selbst angestrebten Perspektive kommt.

Wenig Interesse gibt es dagegen für die Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit. In beiden Ländern war das kommunistische System auffallend stark verankert, durch Repression im Stalinismus, durch Kollaboration und vor allem durch seine Fusion mit nationalistischer Rhetorik. Dabei war die Haltung zur Sowjetunion konträr. Wenn der rumänische Nationalismus sich, kulturhistorisch bedingt, antisowjetisch und antirussisch gebärdete, so war der bulgarische antitürkisch, er richtete sich vor allem gegen die zahlenmäßig große türkische Minderheit, wobei man 1986 sogar zur Bulgarisierung von Namen schritt und am Ende der Achtziger eine Massenvertreibung auslöste. Des Türken Macht ist des Bulgaren Elend, sagt eine Redensart.

In beiden Ländern hatte die Einverleibung des Nationalismus durch die einheimische Nomenklatura, angesichts der tiefen Krise des so genannten realen Sozialismus, Ventilfunktion. Während sich Rumänien früh von der Sowjetunion distanzierte – und das 1968 durch die Verurteilung des Einmarsches in die Tschechoslowakei sogar spektakulär –, verhielt sich Bulgarien ausdrücklich loyal, ja im osteuropäischen Vergleich geradezu devot. Den Rumänen erschien das Nachbarland als eine Art inoffizielle Sowjetrepublik. Unter den zahlreichen Gerüchten, die in Rumänien über Bulgarien zirkulierten, galt wohl als das schwerwiegendste jenes, das besagte, es gebe in Sofia einen Fernsehkanal in russischer Sprache. Es war eines der Gerüchte, die sowohl aus der Bevölkerung als auch von Ceaușescus Geheimdienst Securitate stammen konnten. Je mehr sich die Versorgungspla-

ge in Rumänien verschlechterte, desto größer wurde das Bedürfnis des Regimes, vor der russischen Gefahr zu warnen. Die Nationalkommunisten suchten sich damit historisch gewachsene Emotionen und Ressentiments in der Bevölkerung zunutze zu machen. Die Verzweiflung der Bevölkerung aber erreichte Mitte der achtziger Jahre ein solches Ausmaß, dass man sich gegenseitig die neuesten Gerüchte von der guten Lebensmittelversorgung in Bulgarien zutrug. Mit etwas Glück ergatterte man manchmal in Bukarest bulgarischen Rotwein und Fischkonserven der Marke Sosopol oder gar eine Jazzplatte aus Sofia. Manche Bukarester fingen an, bulgarisch zu lernen, wegen des bulgarischen Fernsehprogramms. Rumänien war damals in der Vorstellung der Bevölkerung in vier Regionen aufgeteilt: Es gab den Südwesten, in dem man jugoslawisches Fernsehen sehen konnte, den Westen mit ungarischem Fernsehen, den Süden mit bulgarischem und den Rest des Landes mit dem Ceaușescu-TV.

Offiziell kam es kurz vor dem Ende noch zum vorsichtigen Schulterchluss: Gorbatchow und seiner Perestroika gegenüber verhielt man sich in beiden Ländern reserviert, sowohl Rumäniens Diktator Nicolae Ceaușescu als auch der bulgarische Alleinherrscher Todor Schiwkow lehnten sie ab, ohne sich offen dagegen auszusprechen. Ceaușescu ignorierte die Reformen, Schiwkow begrüßte sie, in der Absicht, es bei der Rhetorik zu belassen. Beide wurden 1989 von der Realität überholt.

Ob sich durch eine EU-Aufnahme für die beiden Länder mehr Kommunikation untereinander ergeben wird, mehr als gemeinsam empfundene Interessen? Was die ökonomische Lage betrifft, sollte man sich keine Illusionen machen. Es wird auch für die EU ein Experiment sein. Noch nie lagen Wirtschaftsleistung und Pro-Kopf-Einkommen von Beitrittsländern und der EU-Durchschnitt so weit auseinander. Wie die Ökonomien der beiden Länder und damit auch ihre sozialen Systeme die Anpassung an den EU-Markt verkraften werden, muss sich zeigen. Das institutionelle Gefüge ist weiterhin ungefestigt, und die nötigen Reformen wurden zum Teil forciert, im Hinblick auf die Erfüllung der Beitrittsbedingungen, durchgeführt. Andererseits wird durch die Öffnung mit den Investitionen aus den Altländern der EU vieles an

Problemen vorerst ausgeglichen werden, oder auch nur verdeckt. Neu aufgeworfen wird bei der sozialen Problematik durch den Beitritt der beiden Länder die Roma-Frage. Die Integration dieser Bevölkerungsgruppe ist für die EU bereits durch die Aufnahme Ungarns und der Slowakei zum Thema geworden. Die einschlägige Problematik wird sich verstärken, aber nicht verschärfen, auch wenn das Thema durch seinen telegenen Charakter in den öffentlichen Blick rücken wird.

Durch die Aufnahme der beiden Länder überschreitet die EU die ostmitteleuropäische Grenze. Sie erreicht aber auch eine Landverbindung nach Griechenland. Für die beiden orthodox geprägten Völker öffnet sich damit die Grenze zur Ägäis und zum Berg Athos. Die Kette der Klöster von der rumänischen Moldau bis ins bulgarische Rila und nach Roshen bei Melnik findet damit zu ihrem historischen Endpunkt zurück, zur Normalität. So gewinnt die politisch längst gescheiterte Orthodoxie ihren spirituellen Raum zumindest teilweise zurück. Europa baut seinen byzantinischen Teil aus. Ob und welche Vorteile es daraus ziehen kann, ist ungewiss. Gleichzeitig erreicht die EU auch das Schwarze Meer und wird dort zum regionalen Akteur in der unmittelbaren Nachbarschaft von Türkei und Ukraine.

In geopolitischer Hinsicht bildet das Scharnier, das nach Griechenland und zur türkischen Grenze gelegt wird, eine Öffnung zu weiteren Themen. Mit dem Legen dieses Scharniers wird der unruhige Westbalkan zum Binnenland der EU, mit Rumänien und Bulgarien können für die Länder des Westbalkans Beispiele für Stabilität vorgezeigt werden. Auf der anderen Seite öffnet das Schwarze Meer den Blick nach Kleinasien und in den Kaukasus – zu neuen Orten der Unruhe.

Olaf Leïße

Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt

Als die Europäische Kommission am 16. Mai 2006 ihre Fortschrittsberichte für Rumänien und Bulgarien vorstellte, blieb sie der bislang verfolgten Linie treu. Die Berichte enthalten weder eine Empfehlung des Beitritts der beiden Länder zur Europäischen Union (EU) zum 1. Januar 2007, noch wird er abgelehnt.¹ Vielmehr werden die Fortschritte und Defizite im Annäherungsprozess beider Länder akribisch aufgelistet, weitere politische und finanzielle Unterstützung zugesagt und eine erneute Überprüfung im Oktober 2006 angekündigt. Dann wird EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn um eine eindeutige Stellungnahme nicht herumkommen.

Olaf Leïße

Dr. phil., geb. 1966; Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Universität Erfurt.
Nordhäuser Straße 63,
99089 Erfurt.
olaf.leisse@uni-erfurt.de

Prinzipiell war und ist die Aufnahme beider Länder, anders als im Fall der Türkei, in der EU politisch unumstritten. Rumänien und Bulgarien gehören zum europäischen Kontinent, haben eine lange europäische Geschichte und sind politisch, wirtschaftlich und kulturell fest mit Europa verbunden. Dennoch gestaltet sich der Beitrittsprozess schwieriger als für die anderen, bereits beigetretenen Staaten Mittel- und Osteuropas. Politische und wirtschaftliche Defizite führen dazu, dass beide Länder unter permanenter Beobachtung der EU stehen und dass immer wieder mit einer Rücknahme der Beitrittszusage gedroht wird. Im Falle Rumäniens enthielt eine Entschließung des Europäischen Parlaments im Februar 2004 ungewöhnlich deutliche Worte: „Das Europäische Parlament bedauert, dass trotz der Fortschritte in

¹ Vgl. Europäische Kommission, Monitoring-Bericht über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens, KOM (2006) 214, Brüssel, 16. 5. 2006.

einer Reihe von Bereichen Rumäniens derzeit ernste Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Anforderungen der politischen Kriterien von Kopenhagen hat, und äußert sich besorgt darüber, dass der Abschluss der Beitrittsverhandlungen Ende 2004 und der Beitritt im Jahr 2007 nicht möglich sein wird.“¹² Gestützt auf den Bericht der Kommission vom Herbst 2003 über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt¹³ führte das Dokument die Mängel des politischen, administrativen und ökonomischen Systems des Landes auf. In diesem Zusammenhang sprach die Berichtserstatterin für Rumänien im Europaparlament, Baroness Nicholson of Winterbourne, sogar von bewusster Irreführung durch die rumänischen Behörden.

Rumänien und Bulgarien reagierten auf den Europäisierungsdruck mit der Versicherung, die notwendigen Reformen zur absoluten Priorität zu machen. Dieser Beitrag blickt auf den schwierigen Weg der beiden Länder in die EU und untersucht die politischen und wirtschaftlichen Probleme, die eine Aufnahme zum 1. Januar 2007 gefährden könnten.¹⁴

Der schwierige Weg in die EU

Bereits im Februar und März 1993 hatten Rumänien und Bulgarien Assoziierungsabkommen mit der EU unterzeichnet, die am 1. Februar 1995 in Kraft traten. Aufgrund ihrer Bedeutung werden sie auch als Europa-Verträge bezeichnet. Obwohl beide Länder stark unter den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der kommunistischen Herrschaft litten und zum damaligen Zeitpunkt kaum assoziierungsfähig waren, profitierten sie doch von einem außenpolitischen Umfeld, das von europäischer „Wiedervereinigungseuphorie“ sowie der Furcht der westeuropäischen Staaten vor einer sozialen Explosion im östlichen Teil des Kontinents geprägt war. Die Europa-Verträge sahen die Schaffung

¹² Europäisches Parlament, Entschließung über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, A5-0103/2004 (endgültig), 24. 2. 2004.

¹³ Vgl. Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht 2003 über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, KOM (2003) 676, Brüssel, 5. 11. 2003.

¹⁴ Vgl. zur Transformation Rumäniens Olaf Leiß/Uta-Kristin Leiß/Alexander Richter, Beitrittsbarometer Rumänien – Grundprobleme des Landes und Einstellungen rumänischer Jugendlicher auf dem Weg in die Europäische Union, Wiesbaden 2004.

einer Freihandelszone vor und enthielten Regelungen für eine intensivierete Wirtschaftskooperation und eine Zusammenarbeit im Kultur- und Finanzbereich. Ihre besondere Bedeutung ist darin zu sehen, dass die Heranführung erstmals in ein rechtlich verbindliches Verhältnis gegossen worden ist. Zudem wurden beide Länder an das Rechtssystem der Union gekoppelt und müssen seither auch Novellierungen des Gemeinschaftlichen Besitzstands (*acquis communautaire*) übernehmen.¹⁵

Das Beitrittsgesuch Rumäniens am 22. Juni 1995 erfolgte als viertes eines Landes in Mittel- und Osteuropa, Bulgarien folgte am 14. Dezember 1995. Obwohl beide Länder von den jeweiligen KP-Nachfolgeparteien regiert wurden, unterstrichen die politischen Führungen den Wunsch nach Aufnahme in die EU und bekräftigten den Willen zu Kooperation und Transformation.¹⁶ Die Europäische Kommission reagierte verhalten auf die Beitrittsgesuche. Gemäß den Kopenhagener Kriterien muss jeder Beitrittsstaat über demokratische und rechtsstaatliche Strukturen, eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit zur Übernahme des Gemeinschaftlichen Besitzstands verfügen. In einer „Stellungnahme zum Antrag Rumäniens/Bulgariens auf Beitritt zur Europäischen Union“ von 1997 bescheinigte die Kommission beiden Ländern zwar, über demokratische Institutionen zu verfügen, verwies jedoch auf ernsthafte Mängel der rumänischen und bulgarischen Marktwirtschaft, die es den Ländern unmöglich machten, sowohl dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Gemeinschaft standzuhalten als auch den Gemeinschaftlichen Besitzstand zu übernehmen.¹⁷ Die instabilen makroökonomischen Daten, der kaum funktionstüchtige Finanzsektor, die fehlende

¹⁵ Vgl. zur Einbindung Südosteuropas in europäische Strukturen Ines Hartwig, Die Europapolitik Rumäniens. Entwicklung institutionalisierter Kooperation, Baden-Baden 2001.

¹⁶ Vgl. zur Rolle der Intellektuellen Anton Sterbling, Gesellschaftliche Eliten und nationale Mythen im Modernisierungsprozess – das Beispiel Rumänien, in: Krista Zach/Cornelius R. Zach (Hrsg.), Modernisierung auf Raten in Rumänien. Anspruch, Umsetzung, Wirkung, München 2004, S. 45–70.

¹⁷ Vgl. Europäische Kommission, Stellungnahme der Kommission zum Antrag Rumäniens auf Beitritt zur Europäischen Union, DOK 97, 18, Brüssel, 15. 7. 1997; Europäische Kommission, Stellungnahme der Kommission zum Antrag Bulgariens auf Beitritt zur Europäischen Union, DOK 97, 11, Brüssel, 15. 7. 1997.

Sicherung der Eigentumsrechte, die nur halbherzig vorangetriebene Privatisierung, der niedrige Stand der privaten, öffentlichen und ausländischen Investitionen sowie die daraus resultierende mangelhafte Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit in einem zukünftigen EU-Binnenmarkt führten dazu, dass die Kommission keinem Land eine funktionierende Marktwirtschaft bescheinigen konnte.

Allerdings sah die EU auch, dass beide Länder in besonderem Maße unter den Balkankriegen und den westlichen Boykotten litten. Sie entschied sich deshalb dafür, die Entwicklung in Rumänien und Bulgarien mit hohen Mittelzuteilungen aus unterschiedlichen Förderprogrammen zu stabilisieren und die Länder allmählich an die europäischen Strukturen heranzuführen. Ein im Vergleich zur vorherigen Periode härterer Reformkurs unter den Präsidenten Emil Constantinescu in Rumänien und Petar Stojanow in Bulgarien konsolidierte die politische und ökonomische Lage. Im Fortschrittsbericht 1999 sprach sich die Kommission erstmals für eine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus. Der Europäische Rat von Helsinki schloss sich im Dezember desselben Jahres dieser Empfehlung an und entschied, dass im Hinblick auf den Verhandlungsverlauf und den Abschluss jedes Land für sich betrachtet werden solle. Im Februar 2000 begannen die Beitrittsverhandlungen mit beiden Ländern. Aufgrund des schleppenden Abschlusses einzelner Verhandlungskapitel gehörten Rumänien und Bulgarien jedoch nicht zu den zehn Kandidaten, die nach Beschluss der Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel in Kopenhagen im Dezember 2002 zum 1. Mai 2004 beitreten konnten. Allerdings war dies auch nicht das Ziel der bulgarischen und rumänischen Verhandlungsführung. Die „Road Map“ der EU avisierte eine Aufnahme für das Jahr 2007, ein Datum, mit dem Sofia und Bukarest einverstanden waren.¹⁸

In der Zwischenzeit führte eine Politik der kleinen Schritte zu weiterer Annäherung. Bulgarien und Rumänien nahmen von Februar 2002 bis Juni 2003 an den Beratungen des Verfassungskonvents in Brüssel teil, dessen

¹⁸ Vgl. Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Fahrpläne für Rumänien und Bulgarien, KOM (2002) 624, Brüssel, 13. 11. 2002.

Abschlussdokument zum ersten gesamteuropäischen Verfassungsvorschlag wurde.¹⁹ Für beide Länder war dies ein wichtiger Auftritt auf der europäischen Bühne und außenpolitisch von großer Bedeutung, konnte man doch schon vor dem eigenen Beitritt mit den anderen Staaten des Kontinents gemeinsam über die Zukunft der europäischen Integration entscheiden – auch wenn das europäische Verfassungsprojekt nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden derzeit auf Eis liegt. 2003 eröffneten Bulgarien und Rumänien Ständige Vertretungen bei der EU in Brüssel. Im Oktober 2003 wurde in Rumänien ein Referendum durchgeführt, bei dem es um eine weitere Angleichung der Verfassung an europäische Standards und um die Einfügung verfassungsrechtlicher Änderungen im Hinblick auf den Beitritt ging. So sollte die neue Verfassung die Macht des Präsidenten einschränken, das Recht auf Privatbesitz und den Erwerb von Immobilien durch Ausländer festschreiben sowie die Möglichkeit eröffnen, Teile der nationalen Souveränität im Falle eines Beitritts an die EU zu übertragen. Indirekt galt die Abstimmung auch als Test für eine Zustimmung der Bevölkerung zum geplanten Beitritt. Bei einer Wahlbeteiligung von 55,7 Prozent kann die Zustimmung von 89,1 Prozent als deutliche Unterstützung für den EU-Beitritt des Landes gewertet werden.

Die Verhandlungen zwischen der EU und Bulgarien wurden im Juni 2004 mit der Schließung aller 30 Verhandlungskapitel erfolgreich beendet. Die rumänische Regierung geriet dadurch unter Druck, denn immer mehr wurde deutlich, dass die Verhandlungen mit beiden Ländern weitgehend synchron verlaufen, ohne dass sie voneinander abhängen. Ende 2004 konnte schließlich auch Rumänien die Verhandlungen mit der EU abschließen. Im Februar 2005 befürwortete die Kommission einen Beitritt beider Länder.¹⁰ Am 13. April 2005 stimmte das Europäische Parlament, das sich bis dahin eher kritisch geäußert hatte, der Aufnahme Rumäniens mit 497 gegen 93 Stim-

¹⁹ Vgl. Peter Becker/Olaf Leißle, Die Zukunft Europas. Der Konvent zur Zukunft der Europäischen Union, Wiesbaden 2005.

¹⁰ Vgl. Europäische Kommission, Stellungnahme der Kommission vom 22. 2. 2005 zu den Anträgen der Republik Bulgarien und Rumäniens auf den Beitritt zur Europäischen Union, KOM (2005) 55 endgültig/2, Brüssel, 18. 4. 2005.

men sowie Bulgariens mit 534 gegen 88 Stimmen zu.¹¹ Am 25. April wurden die Beitrittsverträge in der alten Abtei Neumünster in Luxemburg in Gegenwart der Präsidenten und Regierungschefs in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet. Am 7. Juli 2005 schließlich beschloss das Europäische Parlament, ab September Beobachter aus Rumänien und Bulgarien aufzunehmen.¹²

Doch die Erfolgsgeschichte Rumäniens und Bulgariens ist nicht ungetrübt. Unter den mehr als 800 Seiten des Beitrittsvertrages erweisen sich insbesondere die so genannten Schutzklauseln als brisant. Sollte die Europäische Kommission in der Zeit bis zum vorgesehenen Beitritt zum Januar 2007 feststellen, dass ein Land die Vorbereitungen nicht mehr mit dem nötigen Nachdruck vorantreibt und nicht in der Lage ist, „die Anforderungen der Mitgliedschaft zu erfüllen“, dann kann der Beitritt um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 verschoben werden (Art. 39 des Beitrittsvertrages). Dabei beschließt der Rat einstimmig auf Empfehlung der Kommission. Aber auch nach einem Beitritt behält sich die Union Schutzklauseln in den Bereichen Wirtschaft (Art. 36), Binnenmarkt (Art. 37) sowie Justiz und Inneres (Art. 38) vor.

Die Aufschubklausel setzte beide Länder unter beträchtlichen Anpassungsdruck. Da der Rat einem Beitritt nur auf Empfehlung der Kommission zustimmt, kommt ihren regelmäßigen Fortschrittsberichten eine besondere Bedeutung zu. Die letzten umfassenden Berichte erschienen Ende Oktober 2005.¹³ Darin listete die Kommission noch einmal die politischen und wirtschaftlichen Problembe- reiche auf. Im Mai 2006 veröffentlichte die Kommission Berichte zur Beurteilung der

¹¹ Vgl. Europäisches Parlament, Bericht über den Antrag Rumäniens auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, A6–0077/2005 endgültig, 1. 4. 2005.

¹² Vgl. Europäisches Parlament, Gemeinsamer Entschließungsantrag verschiedener Fraktionen, B6–0043/2005, B6–0045/2005 bis B6–0048/2005, 5. 7. 2005.

¹³ Vgl. Europäische Kommission, Umfassender Monitoring-Bericht 2005 Bulgarien, SEK (2005) 1352; Europäische Kommission, Umfassender Monitoring-Bericht 2005 Rumänien, SEK (2005) 1354, beide Brüssel, 25. 10. 2006. Kurzfassung in: Europäische Kommission, Umfassender Monitoringbericht der Europäischen Kommission über den Stand der Beitrittsvorbereitungen Bulgariens und Rumäniens, KOM (2005) 534, Brüssel, 25. 10. 2005.

zwischenzeitlich erfolgten Maßnahmen, die den Europäischen Rat über die Beitrittswürdigkeit beider Länder unterrichten sollten.¹⁴ Aufgrund der Bedeutung des bevorstehenden Beitritts hat sich die Kommission jedoch entschlossen, noch keine endgültige Empfehlung vorzunehmen, sondern im Oktober 2006 weitere Berichte vorzulegen.

Politische Herausforderungen

Die Europäische Kommission bescheinigt beiden Ländern eine funktionierende Demokratie und die Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze. Positiv wird für Rumänien hervorgehoben, dass in den Bereichen Medienfreiheit, Eigentumsrückgabe sowie Schutz von Minderheiten und Kindern große Fortschritte erzielt worden sind. Auch die Situation in den Waisenhäusern, deren Schreckensbilder nach dem Fall des Ceausescu-Regimes großes Aufsehen in Europa hervorgerufen hatten, ist deutlich verbessert worden. Reformbedarf besteht noch immer bei der Bekämpfung des Menschenhandels (Rumänien gilt als Transitland) sowie bei der Eindämmung des Gewaltmissbrauchs durch die Polizei insbesondere im Umgang mit der Minderheit der Roma. Diese Einschätzung wird auch durch Berichte von Amnesty International geteilt.¹⁵ Darüber hinaus bleibt auch die Kinderarbeit, von der nach offiziellen Statistiken des Arbeitsministeriums rund fünf Prozent der Kinder betroffen sind, problematisch. Die größte Herausforderung liegt in der Sicherstellung der Unabhängigkeit der Justiz. Nach den vielen Jahrzehnten der totalen Kontrolle der Justiz durch die Politik fällt ein Umdenken in diesem Bereich besonders schwer. Justizministerin Monica Macovei, die vor der Amtsübernahme als Anwältin im Menschenrechtsbereich gearbeitet hat, versucht mit einem vergleichsweise radikalen Personalwechsel einen Neuanfang, der von der EU ausdrücklich begrüßt wird.

Bulgarien steht vor vergleichbaren Herausforderungen. Die EU würdigt zwar die Anstrengungen, die zur Änderung der Rechts-

¹⁴ Vgl. Europäische Kommission, Monitoring-Bericht Mai 2006 Bulgarien, SEK (2006) 595; Europäische Kommission, Monitoring-Bericht Mai 2006 Rumänien, SEK (2006) 596, beide Brüssel, 16. 5. 2006.

¹⁵ Vgl. Amnesty International, Bericht EUR 02/001/2005 vom 1. 10. 2005, www.amnesty.org.

vorschriften seit Beginn der Justizreform im Jahr 2002 gemacht worden sind, kritisiert jedoch die Beharrungskraft des Justizsystems insgesamt. Die Schnelligkeit, Spezialisierung und Professionalisierung des Gerichtswesens lässt trotz aller Reformen zu wünschen übrig. Auch in Bulgarien müssen der Umgang mit Minderheiten, die Bekämpfung des organisierten Menschenhandels sowie die Situation im Polizeigewahrsam und in den Gefängnissen verbessert werden.

Das größte Problem in beiden Ländern ist die grassierende Korruption. Die allgegenwärtige Armut, von der bis zu einem Drittel der Bevölkerung betroffen ist, die Wucherungen der Bürokratie in Verbindung mit ungeklärten Zuständigkeiten und Parallelkompetenzen, die Unterbezahlung der Bediensteten in der öffentlichen Verwaltung sowie Mängel der politischen Kultur, die sich in einer ausgeprägten Selbstbereicherungsmentalität der politischen und ökonomischen Eliten ausdrücken, führen dazu, dass in Rumänien und Bulgarien die Korruption ein immenses Ausmaß angenommen hat. Eine „Bakschisch-Mentalität“ scheint alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu durchdringen und keine sozialen Schranken zu kennen. So haben bei einer Umfrage in Rumänien 80 Prozent der Befragten zugegeben, dass sie schon einmal Schmiergeld gezahlt haben.¹⁶ Im Zuge des geplanten Beitritts will die Kommission vor allem darauf achten, dass EU-Mittel nicht durch Korruption und Betrug versickern.

Bereits im Oktober 2001 wurde von der rumänischen Regierung ein Nationaler Plan sowie ein Nationales Programm zur Korruptionsvorbeugung verabschiedet. Beide Pläne sollten die Gesetzeslage präzisieren und stellen Strategien zur Korruptionsbekämpfung auf. Neu eingerichtet wurde die vom Generalstaatsanwalt koordinierte Nationale Staatsanwaltschaft für die Bekämpfung der Korruption (NAPO). Seit 2002 existiert ferner die Nationale Antikorruptionsbehörde (PNA). Politische Wellen schlug im Oktober 2003 der Rücktritt von drei Ministern aufgrund von Korruptionsvorwürfen. Die NAPO kündigte an, die Kontrollen des Militärs fortzusetzen und verstärkt auch gegen Unregelmäßigkeiten im Justizapparat vorzugehen. Nach dem Regie-

rungswechsel Ende 2004 sorgte der von der Regierung vorangetriebene Personalwechsel für Aufsehen. Mit der Generaldirektion Korruptionsbekämpfung (DGA) im Ministerium für Verwaltung und Inneres wurde Ende Oktober 2005 eine weitere Antikorruptionseinheit insbesondere für den öffentlichen Sektor geschaffen. Noch immer wartet die Öffentlichkeit auf die Aufarbeitung spektakulärer Fälle.

Auch in Bulgarien ist im Bereich der Korruptionsbekämpfung weniger die mangelnde Existenz von Strategien und Aktionsplänen das Problem, sondern die fehlende Verfolgung insbesondere hochrangiger Fälle. Seit Oktober 2001 gibt es eine nationale Antikorruptionsstrategie, die im Februar 2005 vom Ministerrat um Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption auf höchster Ebene ergänzt worden ist. Auf der mittleren Ebene bilden Präventions- und Schulungsprogramme zur Korruptionsbekämpfung sinnvolle Maßnahmen. Insbesondere im Baubereich, beim Zoll, im Gesundheitssektor und bei der Polizei sollen diese Maßnahmen greifen. Die Integrität der staatlichen Beamten soll regelmäßig überprüft werden. Die Bekämpfung der „großen“ und „kleinen“ Korruption sowie des Bandenwesens, das mit Menschenhandel, Auftragsmorden und ausgedehntem Schmuggel erhebliche Summen verdient, sind die vordringlichsten Anliegen der EU.

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International nahm Bulgarien im Jahr 2005 von 158 weltweit untersuchten Ländern zusammen mit Kolumbien Rang 55 ein. Rumänien lag gleichauf mit der Dominikanischen Republik und der Mongolei auf Rang 85.¹⁷ Unter den Staaten Mittel- und Osteuropas steht Rumänien damit auf dem ersten Platz dieser Negativliste. Der Bevölkerung bleiben die Machenschaften der politischen Klasse nicht verborgen: Ende 2002 waren 43 Prozent der Meinung, dass die Korruption in den zurückliegenden Jahren zugenommen habe, nur elf Prozent meinten, sie sei gesunken; 36 Prozent glaubten, sie sei gleich geblieben. Drei Viertel der Befragten äußerten sogar, dass die Korruption im Vergleich zu den letzten vier Jahren des Ceaușescu-Regimes noch zugenommen habe.¹⁸

¹⁷ Vgl. Transparency International, Corruption Perceptions Index 2005, www.transparency.org.

¹⁸ Vgl. Allgemeine Deutsche Zeitung vom 19. 11. 2002.

¹⁶ Vgl. Allgemeine Deutsche Zeitung (Bukarest) vom 29. 4. 2005.

Wirtschaftliche Probleme

Die größten Defizite beider Länder liegen im ökonomischen Bereich. Bulgarien und Rumänien teilten mit den übrigen Mittel- und Osteuropas in der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Kommunismus das „Tal der Tränen“ eines sinkenden Bruttosozialprodukts, verbunden mit zurückgehender Industrieproduktion und schrumpfender Volkswirtschaft. Auffällig ist, dass in beiden Ländern dieses Tal tiefer war als in den anderen Beitrittsstaaten der Region. Das lag vor allem am mangelnden politischen Willen, durchgreifende Umstrukturierungen einzuleiten. Stattdessen wurde die Krise mit staatlicher Wirtschaftstätigkeit und Inflation lange Zeit weitgehend kaschiert. Unter dem Druck der EU und internationaler Organisationen wurden Reformen in Angriff genommen, die seit 1998 zunächst Bulgarien, seit 2000 auch Rumänien einen Aufschwung mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts um rund neun Prozent brachten, der allerdings von einem sehr niedrigen Niveau ausging und allmählich wieder sinkt.¹⁹

Das größte ökonomische Problem der vergangenen Dekade war die jahrelang horrend hohe Inflationsrate. Der Verfall der Landeswährungen begann in der unmittelbaren Nachwendezeit. Insbesondere in Rumänien stieg die Inflationsrate rasch an und lag 1997 bei 155 Prozent. Seitdem sinkt sie beständig, ohne sich jedoch gänzlich festigen zu können, und lag im Jahr 2005 noch bei rund neun Prozent. Bulgarien, das seit 2001 über eine vergleichsweise stabile Währung verfügt, verzeichnete im vergangenen Jahr eine Inflation von fünf Prozent. Nach den ehrgeizigen Planungen beider Regierungen sollen die Inflationsraten kurzfristig sinken, obwohl Schwierigkeiten bei der Begrenzung der öffentlichen Ausgaben bestehen.

Bulgarien und Rumänien verfügen über den niedrigsten Kaufkraftstandard aller Staaten Mittel- und Osteuropas. Gemessen an der alten Union der 15 Mitgliedstaaten verfügten sie nur über ein Viertel der Kaufkraft der Westeuropäer; nach der EU-Osterweiterung sind es rund 35 Prozent. Doch selbst die wenig wohlhabenden baltischen Staaten können Werte von deutlich über 50 Prozent vorweisen. In

Bulgarien und noch deutlicher in Rumänien gibt es einen Hauptstadtbonus: Das regionale Bruttoinlandsprodukt liegt in Sofia um rund 50, in Bukarest um 100 Prozent höher als im übrigen Land. Im europäischen Vergleich befinden sich die zehn Regionen mit dem niedrigsten Bruttoinlandsprodukt allesamt in Bulgarien und Rumänien. Ein Grund für den niedrigen Kaufkraftstandard sind extrem niedrige Löhne: Im europäischen Vergleich rangieren beide Länder mit einem Bruttostundenverdienst von 0,88 EUR (Bulgarien) bzw. 1,04 EUR (Rumänien) an letzter Stelle; in der alten EU der 15 werden im Durchschnitt 14,18 EUR gezahlt. Die Bruttostundenverdienste streuen zwischen den verschiedenen Berufsgruppen wenig, sondern liegen in allen Bereichen auf einem niedrigen Niveau. Darüber hinaus haben Bulgarien und Rumänien die geringste Arbeitsproduktivität aller mittel- und osteuropäischen Staaten. Bulgarien war und ist kaum industrialisiert, und in Rumänien zeugen veraltete Industrieanlagen von Ceaușescus Modernisierungswahn. Die ökologisch bedenklichen und volkswirtschaftlich unsinnigen Anlagen erfordern einen hohen Personaleinsatz bei zu geringem quantitativen Output. Lange Zeit galten die einstigen Prestigeprojekte als reformresistent. Unter dem Druck der Europäisierung wird die Wirtschaft unter hohen Transformationskosten nun an den europäischen Standard herangeführt.

Ein weiteres Dauerproblem in den beiden agrarisch geprägten Staaten ist die Landwirtschaft: Sie ist ineffizient, erwirtschaftet zu wenig Ertrag und ist durch Überbeschäftigung gekennzeichnet. In Bulgarien liegt der Anteil der in Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei Beschäftigten mit knapp zehn Prozent noch vergleichsweise niedrig. Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung des Landes entspricht in etwa diesem Anteil. In Rumänien dagegen sind noch immer rund 30 Prozent aller Beschäftigten im Agrarsektor tätig, im Jahr 2000 waren es sogar noch 42,8 Prozent. Der Anteil der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung des Landes ist mit rund 14 Prozent jedoch unverhältnismäßig gering. Hinzu kommen politische Fehlentscheidungen: Bei der Rückführung der Genossenschaften und Staatsfarmen wurden viele durchaus rentable Großbetriebe zugunsten von rund 3,5 Millionen Einzelhöfen zerschlagen. Kredite für die Anschaffung von Maschinen und Saatgut

¹⁹ Alle Zahlen nach Eurostat.

wurden nicht gewährt oder in zu geringem Umfang bereitgestellt. So sind die Hektarerträge mittlerweile auf das niedrigste Niveau in der Region gesunken. Wichtige Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Weizen und Zucker müssen importiert werden. Der Fortschritt scheint über den Agrarsektor hinwegzugehen, zumal die Landwirtschaft eher subsistenzwirtschaftlichen Charakter hat. Bei einer Befragung der Zeitschrift „Curierul National“ im Jahr 2004 gaben 83 Prozent der Befragten an, nur für den Eigenbedarf zu produzieren. 17 Prozent erklärten, dass sie ihre Produkte zum Teil verkauften, und nur vier Prozent verkauften mehr als die Hälfte der Produktion. So wird wohl auch weiterhin in Westeuropa längst vergessenes Handwerkszeug den bäuerlichen Alltag in Rumänien prägen, gehören Pferd und Wagen wie selbstverständlich zum Straßenbild.

Die ökonomischen Daten für Bulgarien und Rumänien deuten auf eine schwierige Transformation der Länder im Vergleich zu den übrigen Staaten Mittel- und Osteuropas hin. Ob Bruttoinlandsprodukt, Inflationsrate, Handelsbilanz, Infrastruktur, Ausgaben für Innovation und Forschung, Anschluss an moderne Informations- und Kommunikationstechnologien, aber auch Lebensstandard, Lebenserwartung und Säuglingssterblichkeit – fast immer liegen beide Länder am falschen Ende der Skala. Im Fortschrittsbericht 2002 der Kommission hieß es daher: „Es besteht zunehmende Übereinstimmung über die wesentlichen Ziele der Wirtschaftspolitik, doch verhindert die Angst vor den hohen politischen und sozialen Kosten nach wie vor, dass die Strukturreformen mit dem nötigen Nachdruck durchgesetzt werden. Häufig wurden makroökonomische Stabilisierung und Strukturreform nur halbherzig unterstützt, was dazu führte, dass die politischen Ziele bei weitem nicht erreicht wurden.“¹²⁰

Das bulgarische und rumänische Wirtschaftsleben leidet unter einer Gemengelage aus verschleppten Reformen, unrentablen Staatsbetrieben, Bürokratismus, Zentralismus und Korruption, die die Modernisierung nachhaltig hemmen. Aufgrund bescheidener,

¹²⁰ Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht 2002 über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, KOM (2002) 700, Brüssel, 9. 10. 2002, S. 45.

aber stetiger Fortschritte in der Wirtschaftsentwicklung konnte die Kommission erstmals im Jahr 2004 beiden Ländern eine funktionierende Marktwirtschaft bescheinigen.¹²¹ Die Berichte des Jahres 2005 bestätigen diese Einschätzung und bewerten die makroökonomische Gesamtentwicklung beider Länder positiv. Im Bericht der Kommission vom Mai 2006 werden weitere Reformen in den Bereichen angemahnt, die für die Einführung des Gemeinschaftlichen Besitzstands und eine reibungslose Integration in den Binnenmarkt notwendig sind. Im Falle Rumäniens handelt es sich um vier Bereiche, die jedoch, darauf wurde in Bukarest erleichtert hingewiesen, eher technischen Charakter besitzen und die Beihilfen- und Finanzkontrolle betreffen. Für Bulgarien hat die Kommission auf sechs Bereiche verwiesen, die neben dem finanziellen Sektor auch die Bekämpfung von Betrug, Korruption und Geldwäsche sowie die Verbesserung der Arbeit der Strafverfolgungsbehörden betreffen. Im direkten Vergleich der „Hausaufgaben“, die beiden Ländern aufgegeben sind, schneidet damit Rumänien etwas besser ab als Bulgarien.

Fazit

Die Rückkehr Rumäniens und Bulgariens nach Europa gestaltet sich auch rund 16 Jahre nach dem Ende des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa sehr schwierig.¹²² Für beide Länder hat der Beitritt zur EU oberste politische Priorität, aber die Fortsetzung der Transformation der Wirtschaft sowie die Bekämpfung der Korruption bleiben große Herausforderungen. Mit Recht fürchtet die Union einen dauerhaften Import von Instabilität. Daher ist die endgültige Entscheidung über den Aufnahmezeitpunkt noch nicht gefallen. Erneute Monitoring-Berichte sind für den Herbst 2006 angekündigt. Erst diese Berichte werden eine Antwort auf die Frage geben, ob die Aufnahme der beiden Länder

¹²¹ Vgl. Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht 2004 über die Fortschritte Rumäniens auf dem Weg zum Beitritt, SEK (2004) 1200; Schlussfolgerungen in: Europäische Kommission, Strategiepapier der Europäischen Kommission über den Stand des Erweiterungsprozesses, KOM (2004) 657 endgültig, beide Brüssel, 6. 10. 2004.

¹²² Vgl. Johanna Deimel, Bulgarien, in: Jahrbuch der europäischen Integration, Baden-Baden 2005, S. 435–438; Anneli Ute Gabanyi, Rumänien, in: ebd., S. 441–444.

um ein Jahr zurückgestellt werden sollte. Aller Voraussicht nach dürften jedoch Rumänien und Bulgarien am 1. Januar 2007 Mitglieder der EU werden.¹²³

Die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses stellt die EU vor große Herausforderungen. Mehr denn je übt sie magische Anziehungskraft auf die umliegenden Staaten aus. Kroatien und Mazedonien gehören dazu, aber auch Bosnien-Herzegowina und ein unabhängiges Montenegro. Zudem möchten auf lange Sicht die Ukraine, Albanien und vor allem auch die Türkei Mitglieder der Gemeinschaft werden. Die zahlreichen Aufnahmeünsche mit der Folge einer Überdehnung gefährden die innere Stabilität und Kohärenz der Union. Umgekehrt wird diese die weit gespannten Hoffnungen auf Wohlstand, Stabilität und Modernisierung kaum erfüllen können. Ob die Europäische Nachbarschaftspolitik und der Barcelona-Prozess mit den Mittelmeer-Anrainern ein hinreichender Ersatz für einen Beitritt sind, wird sich erst noch erweisen müssen.¹²⁴

Seit den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden steckt die EU in einer strukturellen Krise. Der „feste Wille, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“, wie es in der Präambel des Gemeinschaftsvertrages so optimistisch formuliert ist, scheint mit der Unterbrechung des Verfassungsprozesses abhanden gekommen zu sein. Regierungen wie Bevölkerungen sind gleichermaßen ratlos, ob und wie die Vertiefung der Gemeinschaft vorangetrieben werden kann. Doch darf diese Krise nicht den beiden südosteuropäischen Beitrittskandidaten angelastet werden. Die Union wird künftig genau abwägen müssen zwischen Beitrittsversprechen an einzelne Länder und der eigenen Zukunftsfähigkeit.

¹²³ Vgl. Anneli Ute Gabanyi, Rumäniens Beitritt zur EU – 2007 oder 2008, in: Südosteuropa Mitteilungen, (2006) 1, S. 5–17.

¹²⁴ Vgl. Waldemar Hummer, Die Union und ihre Nachbarn – Nachbarschaftspolitik vor und nach dem Verfassungsvertrag, in: *integration*, (2005) 3, S. 233–245; Annette Jünemann, Zehn Jahre Barcelona-Prozess: eine gemischte Bilanz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (2005) 45, S. 7–14.

Lucian Boia

Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens

Aus westlicher Sicht birgt Rumänien so manche Überraschung. Zweifellos ist es ein Teil Europas, doch von einem einheitlichen Europa kann keine Rede sein, und von einer gemeinsamen Geschichte noch weniger. Verglichen mit den westeuropäischen Ländern ist Rumänien Teil eines *anderen* Europas.

Der Osten und der Westen des Kontinents erlebten unterschiedliche, ja gegensätzliche Entwicklungen. Historisch gesehen verläuft die offensichtlichste Trennlinie zwischen dem katholischen bzw. protestantischen Abendland und dem orthodoxen Morgenland. Der Westen Europas hat eine stufenweise kulturelle und politische Auffächerung sowie eine nachdrückliche ökonomische Entwicklung erfahren, die in eine technologische und demokratische Zivilisation mündeten. Dagegen war der Osten durch eine Tendenz zum politischen Autoritarismus gekennzeichnet (man denke etwa an das byzantinische und später das moskowitzische Modell); dieser wurde von der orthodoxen Kirche geduldet, die es gewohnt war, vor der politischen Macht in den Hintergrund zu treten. Die sozioökonomische Entwicklung verlief ausgesprochen langsam: Bis vor kurzem waren die osteuropäischen Länder vor allem von einer ländlichen Struktur und von patriarchalischen wie paternalistischen Denkweisen geprägt.

Lucian Boia

Dr. phil., geb. 1944; Professor an der Historischen Fakultät der Universität Bukarest. Universitatea din Bucuresti, Facultatea de Istorie, Bd. Regina Elisabeta 4–12 Sector 5, 70031 Bucuresti/Rumänien. HistoryUBucharest@hotmail.com

Übersetzung aus dem Französischen: Anna Schmitzer, Halle/Saale.

Diese gegensätzlichen Modelle treffen in Zentraleuropa aufeinander und werden dort zusammengeführt. So ist Zentraleuropa mit dem Westen durch kulturelle und institutionelle Merkmale wie den katholischen und protestantischen Glauben oder den römischen Wurzeln der Zivilisation ebenso verbunden wie mit dem Osten (Polen und Ungarn im Mittelalter, der Donaumonarchie bzw. der K.u.K.-Monarchie in moderner Zeit) durch seine relativ konservativen sozialen und ökonomischen Strukturen.

Der Entwicklungsrückstand der östlichen Hälfte des Kontinents wurde durch eine lange Phase politischer Instabilität verstärkt. Hier kam es noch zu Eroberungen, als der westliche Teil Europas bereits eine gewisse Stabilität gefunden hatte und einzig von inneren Auseinandersetzungen heimgesucht war: So wären beispielsweise die Eroberung Russlands durch die Mongolen im 13. Jahrhundert oder die Expansion des Osmanischen Reiches nach Südosteuropa und bis ins Zentrum des Kontinents seit dem 14. Jahrhundert zu nennen. In der Moderne war fast das ganze östliche und zentrale Europa unter drei Großmächten aufgeteilt: dem Osmanischen Reich, dem Zarenreich und der österreichischen Monarchie.

Diese bewegte Geschichte und die vielfältigen Eroberungen sind der Grund für eine besonders intensive Völkervermischung, die durch Umsiedlungen noch verstärkt wurde. (Diese hatten zum Ziel, gering bevölkerte und bewirtschaftete Gegenden zu erschließen; so erstreckte sich etwa ein regelrechter deutscher „Archipel“ von Zentraleuropa bis an die Ufer der Wolga.) Das Völkergemisch brachte immense Schwierigkeiten mit sich, als man sich im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts daran machte, auf den Ruinen der einstigen Reiche Nationalstaaten nach westlichem Vorbild zu schaffen. Einige Länder der Region (die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien), die aus einer nationalen Ideologie heraus geschaffen wurden, waren in ethnischer, religiöser und kultureller Hinsicht ebenso zusammengewürfelt wie die Kaiserreiche vor ihnen. Schließlich hat nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der Kommunismus die Länder Ost- und Zentraleuropas zusätzlich geprägt und die Unterschiede zu den westlichen Ländern verstärkt.

Rumänien nimmt in Osteuropa einen besonderen Platz ein.¹ Mit seiner überwiegend orthodoxen Glaubensausrichtung entspricht es dem religiösen Profil dieses Teils des Kontinents. Gleichzeitig unterscheidet sich Rumänien als romanische Nation von den Griechen und orthodoxen Slawen. Dieser im Mittelalter wenig bedeutsame Unterschied, als Religion mehr zählte als Nationalität, gewann im 19. Jahrhundert mit dem Aufkommen des Nationalismus wesentliche Bedeutung; die Rumänen (oder zumindest die Eliten) begannen, sich nach Westen auszurichten und sich als „romanische Insel im slawischen Meer“ zu begreifen.

Die beiden großen zusammenhängenden Gefüge Osteuropas sind die Balkanhalbinsel und Russland (bzw. das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion). Rumänien befindet sich dazwischen. Obwohl es gelegentlich als Balkanland bezeichnet wird, gehört es nicht zum Balkan, dessen nördlicher Grenzfluss, die Donau, die südliche Grenze Rumäniens bildet. Die drei bedeutendsten Gebiete Rumäniens, die Walachei im Süden, die Moldau im Nordosten und Siebenbürgen im Nordwesten, haben sich in sehr unterschiedlichen geopolitischen Kontexten entwickelt. Den Balkanländern am nächsten war die Walachei. Die Moldau pflegte enge, jahrhundertelange Beziehungen zu Polen und grenzte nach der Annexion des östlichen Landesteils Bessarabien (heute Republik Moldawien) seit 1812 an Russland. Siebenbürgen gehörte im Mittelalter zum Königreich Ungarn; es ist in der Mehrheit rumänisch, aber auch von einer bedeutenden ungarischen Minderheit besiedelt, der bis 1918 die führende Elite angehörte, sowie von Deutschen, die sich im 12. und 13. Jahrhundert niedergelassen hatten.

Der rumänische Raum fand sich immer wieder an den Grenzen der großen politischen und zivilisatorischen Gefüge wieder. Die Grenze zwischen dem Römischen Reich und der Welt der „Barbaren“ verlief quer durch Dakien, dem heutigen Rumänien. Die Donau war nacheinander Grenzfluss des Römischen, Byzantinischen und Osmanischen

¹ Vgl. Lucian Boia, *Romania. Borderland of Europe*, London 2001; erw. französische Ausgabe: *La Roumanie. Un pays à la frontière de l'Europe*, Paris 2003.

Reiches. Zu Beginn der Moderne trafen das Osmanische Reich, das Zarenreich und Österreich in dieser Region aufeinander und teilten einen Teil des rumänischen Gebietes unter sich auf, während sie die Fürstentümer Walachei und Moldau duldeten. Gleichzeitig traf hier die orthodoxe östliche auf Vorboten der westlichen Zivilisation. Auch heute leben die Rumänen an der Grenze: derzeit außerhalb, in naher Zukunft innerhalb der EU.

Die andauernde Grenzlage hatte zwei widersprüchliche und zueinander komplementäre Auswirkungen: auf der einen Seite eine relative Isolierung, eine Übernahme unterschiedlicher Modelle in abgewandelter Form sowie die Erhaltung traditioneller Strukturen und einer bodenständigen Mentalität, auf der anderen Seite eine außerordentliche ethnische und kulturelle Durchmischung, in der alle Himmelsrichtungen gegenwärtig sind. Rumänien ist ein Land, das von Epoche zu Epoche und je nach Region türkische und französische, ungarische und russische, griechische und deutsche Einflüsse aufgenommen hat. Man wird in Europa schwerlich ein vergleichbar weit gefächertes Spektrum, eine Synthese ebenso vieler unterschiedlicher Färbungen finden. Als Schnittpunkt der Wege und Zivilisationen ist Rumänien ein offener Raum; permanente Instabilität und eine unaufhörliche Bewegung von Menschen und Werten haben es charakterisiert. Rumänien ist ein offenes und zugleich verschlossenes Land; die Rumänen waren und sind geteilt in diejenigen, die in Richtung Europa blicken, und diejenigen, die äußeren Einflüssen gegenüber unzugänglich bleiben. Westliche Öffnung und nationale Isolation verdeutlichen eine für die rumänische Gesellschaft typische intellektuelle Polarisierung. Das Aufeinandertreffen dieser beiden Denkrichtungen hat den Modernisierungsprozess der vergangenen beiden Jahrhunderte begleitet.

Regionen und Minderheiten

Rumänien ist ein relativ junger Staat. Im Jahr 1859 ging aus der Vereinigung der beiden Fürstentümer Walachei und Moldau „Kleinrumänien“ hervor und umfasste im Jahr 1914 eine Fläche von 137 000 Quadratkilometern. „Großrumänien“ mit rund 295 000 Quadratkilometern entstand nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, als der Kern durch Bessara-

bien, die 1775 durch die Habsburger von der Moldau abgetrennte Bukowina und vor allem durch Siebenbürgen vervollständigt wurde (hier als Oberbegriff gebraucht, der außer Siebenbürgen selbst noch drei Regionen westlich desselben einschließt: das Banat, Crișana und Maramureș, alle mit vorwiegend rumänischer Bevölkerung, aber bis 1918 zu Ungarn gehörend).

Das verbindende Element dieser Ansammlung von Ländern und Regionen, die unterschiedliche historische Entwicklungen erlebt haben, war die rumänische Bevölkerung, die überall in der Mehrzahl war.¹² Aber die Minderheiten waren ebenso zahlreich und verliehen dem „großen“ Rumänien einen recht zusammengewürfelten Anschein. So gab es in Siebenbürgen (im engeren Sinn) nach Erhebungen von 1930 57,6 % Rumänen, 29,1 % Ungarn und 7,9 % Deutsche; im Banat 54,3 % Rumänen, 23,8 % Deutsche (angesiedelt im 18. Jahrhundert) und 10,4 % Ungarn; in der Bukowina 44,5 % Rumänen, 27,7 % Ukrainer, 10,8 % Juden und 8,9 % Deutsche; in Bessarabien 56,2 % Rumänen, 12,3 % Russen, 11 % Ukrainer und 7,2 % Juden; in der ans Schwarze Meer grenzenden Dobrudscha, die zum Osmanischen Reich gehörte und 1878 Rumänien angegliedert wurde, 44,2 % Rumänen, 22,8 % Bulgaren und 18,5 % Türken. In ganz „Großrumänien“ betrug der rumänische Anteil an der Bevölkerung 71,9 %. Die nationale Einheit wurde in der Verfassung festgeschrieben. Rumänien war zweifellos weniger ethnisch durchmischt als die Vielvölkerstaaten Tschechoslowakei, Polen oder Jugoslawien; es befand sich auf halbem Weg zum Nationalstaat.

Seitdem hat das Land einen „Rumänisierungsprozess“ erlebt. Gebiete wie die Bukowina im Norden, Bessarabien und der Süden der Dobrudscha, in denen Minderheiten besonders zahlreich waren, sind vom Staatsgebiet abgetrennt worden; Rumänien umfasst heute 238 000 Quadratkilometer. Ein Teil der

¹² Die statistischen Daten sind folgenden Werken entnommen: Enciclopedia României, Bd. I, Bukarest 1938: Kap. „Populația României“, S. 133–160; Recensământul populației și locuințelor din 7 ianuarie 1992: Populație – structura demografică, Bukarest 1994; Structura etnică și confesională a populației, Bukarest 1995; Recensământul populației și al locuințelor, 18 martie 2002, Bd. I: Populație – structura demografică, Bukarest 2003.

jüdischen Bevölkerung (4 % des Anteils von 1930) wurde im Zweiten Weltkrieg ermordet, ein anderer Teil emigrierte; es leben in Rumänien nach Erhebungen von 2002 nur noch rund 6 000 Juden. Auch die meisten der 750 000 Deutschen, die 1930 ungefähr 4 % der Bevölkerung ausmachten, emigrierten; 2002 hatte sich ihre Zahl auf 60 000 (0,3 % der Bevölkerung) reduziert. Heute sind 89,5 % der Bevölkerung ethnisch gesehen Rumänen. Die bedeutendsten Minderheiten bleiben die Ungarn und die Zigeuner.¹³

Auch die Anzahl der Ungarn hat abgenommen. Stellten sie 1930 noch 24,4 % der Bevölkerung Siebenbürgens (im weiteren Sinne), waren es 1992 noch 21 und 2002 19,6 %; in ganz Rumänien lebten 1992 7,1 und 2002 6,6 % Ungarn. In Siebenbürgen stieg der Anteil der rumänischen Bevölkerung von 58 % im Jahr 1930 auf heute fast 75 %. Auch die Zahl der Zigeuner ist angestiegen: Lebten 1992 rund 410 000 (1,8 % der Bevölkerung) in Rumänien, waren es 2002 bereits 535 000 (2,5 %); es wird geschätzt, dass ihr tatsächlicher Anteil deutlich höher liegt, da sich viele in Befragungen als Rumänen bezeichnen.

Als Folge der „Rumänisierung“ haben sich die regionalen Unterschiede nach und nach verwischt. Dieser Prozess wurde durch die kommunistische Industrialisierungspolitik (die etwa in Siebenbürgen rumänische Landbevölkerung in Städten mit mehrheitlich deutscher oder ungarischer Bevölkerung angesiedelt hat) und die Strategie der sozioökonomischen Vereinheitlichung noch verstärkt. Das Syntagma der nationalen Einheit, das in der Verfassung verankert ist, entspricht besser als in der Vergangenheit der tatsächlichen Zusammensetzung Rumäniens. Doch nach wie vor gehören mehr als zehn Prozent der Bevölkerung Minderheiten an, vor allem den Ungarn, die in zwei Verwaltungsbezirken sogar über eine Bevölkerungsmehrheit verfügen (Covasna und Harghita, 74 bzw. 85 %). Daher fordern die Ungarn die Streichung dieses Syntagmas. Sie fühlen sich nicht der rumänischen, sondern der ungarischen Nation zugehörig; zu ihren Forderungen gehört die kulturelle und sogar die territoriale Autonomie der Region, in der sie die Bevölkerungsmehrheit bilden.

¹³ *Anm. der Übersetzerin:* im frz. Original *tsiganes*, im Folgenden in direkter Übersetzung verwandt.

Der Gedanke der nationalen Einheit ist fest im Bewusstsein der Rumänen verankert, in dem der politischen Klasse ebenso wie im öffentlichen Bewusstsein. Als Rumänien im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus dem Zusammenschluss mehrerer Landesteile geschaffen wurde, wäre eine föderale Lösung durchaus denkbar gewesen. Auf den ersten Blick hätte diese der tatsächlichen Vielfalt „Großrumäniens“ auch eher entsprochen. Aber eben diese Vielfalt und die große Bedeutung ethnischer Minderheiten wirkten einer föderalen Lösung entgegen. Die Rumänen befürchteten, dass eine unvollständige Integration der Landesteile zum Zerfall des Landes führen könnte. Sie entschieden sich daher für ein zentralistisches, am französischen Modell orientiertes System, indem sie die spezifische Physiognomie der historisch gewachsenen Regionen missachteten und das Land in den französischen *départements* vergleichbare Verwaltungsbezirke, *judete*, unterteilten. Der Begriff „Föderalisierung“ ist bis heute in Rumänien tabu. Man glaubt noch immer, dass regionale Autonomie der Beginn des Zerfalls Rumäniens wäre. Es ist unverkennbar, dass sich diese Sorgen vor allem auf Siebenbürgen beziehen, obwohl es jeder Logik widerspricht, zu befürchten, 20 Prozent Ungarn könnten diese Provinz gegen den Willen von 75 Prozent Rumänen „beschlagnahmen“. Die europäischen Auflagen in Bezug auf die Regionalisierung wurden nur sehr vage umgesetzt. Es wurden mehrere „Entwicklungsregionen“ gebildet, die allerdings nicht von großer Bedeutung und vor allem so zugeschnitten sind, dass sie nicht den historischen Regionen des Landes entsprechen. Rumänien soll ein einheitlicher Staat bleiben.

Die Minderheiten haben weitreichende Rechte. Es gibt Schulen in ihrer Sprache, und die Möglichkeit, ihre Kultur und Traditionen zu pflegen, sind vielfältig. Jede Minderheit, auch die kleinste, entsendet automatisch einen Vertreter ins Parlament. Das gilt nicht nur für die 60 000 Deutschen, sondern auch für die 3 000 Italiener und die weniger als 2 000 Armenier. Die Ungarn fordern ferner die Gründung rein ungarischer staatlicher Universitäten, die ihnen bisher verweigert werden (dafür wird an mehreren Universitäten in ungarischer Sprache gelehrt). Trotz allen Misstrauens hat sich das Verhältnis von Rumänen und Ungarn seit den blutigen Zwischenfällen von 1990 deutlich verbessert; ge-

walttätige Übergriffe sind wenig wahrscheinlich, zumal die Demokratische Union der Ungarn in Rumänien (UDMR) seit 1996 Regierungspartei ist.

Die Problematik der Zigeuner ist eine andere: Jahrhundertlang arbeiteten sie als Sklaven auf den Anwesen der Bojaren oder der Klöster. Auch nach ihrer Befreiung Mitte des 19. Jahrhunderts wurden sie von der rumänischen Gesellschaft an den Rand gedrängt, und noch heute sind sie ökonomisch, sozial und kulturell stark benachteiligt. Ziel muss es sein, ihre Lebensbedingungen zu verbessern sowie Misstrauen und rassistische Einstellungen zu überwinden. Erste Schritte in diese Richtung sind getan.

Nationale Mythologie

Der Nationalismus ist in der rumänischen Kultur verwurzelt. Die rumänischen Fürstentümer Walachei und Moldau traten erst Ende des 14. Jahrhunderts auf die Bühne der Geschichte. Die „bescheidene“ Vergangenheit als „Untergebene“ der Großmächte hat Komplexe und Frustrationen genährt und Spuren im öffentlichen Bewusstsein hinterlassen, die durch eine glorreiche Geschichtsmythologie kompensiert werden. So wurden die edle romanische Herkunft betont und die Daker auf eine höhere Zivilisationsstufe gehoben. Die Ursprünge, ob romanisch, dakisch oder dako-romanisch, sind in der rumänischen Kultur gegenwärtig. Die Rumänen stellen sich gern als Verteidiger Europas und des Christentums gegen das Osmanische Reich dar, indem sie an ihre Kämpfe gegen die Türken im Mittelalter erinnern, ein „Opfer“, das ihrer Meinung nach am Anfang des historischen Entwicklungsrückstandes steht.¹⁴

Rumänien ist aus dem Willen der Rumänen heraus entstanden, in einem Einheitsstaat zu leben. Dadurch erklärt sich die zentrale Rolle einer nationalen Ideologie im Bewusstsein und deren Fortbestehen in der heutigen Zeit. Die befürchteten oder tatsächlichen, dem Staat drohenden Gefahren (etwa die erzwungenen Gebietsabtretungen 1940) haben Argwohn gegen die Nachbarn (Russen, Ungarn

¹⁴ Vgl. eine Analyse der rumänischen Geschichtsmysmen in: Lucian Boia, *Geschichte und Mythos. Über die Gegenwart des Vergangenen in der rumänischen Gesellschaft*, Köln–Weimar–Wien 2003.

und Bulgaren) und auch gegen Minderheiten (die Ungarn im Besonderen) gesät. Anfangs trug das von der Sowjetunion installierte kommunistische Regime vehement anti-nationale Züge; Ziel war es, den Rumänen „internationalistische“ Anschauungen einzuflößen, die dazu dienen sollten, die Übernahme der russischen Kultur und der sowjetischen Interessen zu fördern. Dieser Versuch misslang; er rief eine nationale Reaktion hervor, die ihren Höhepunkt von 1965 bis 1989 unter dem langen Regime Nicolae Ceaucescus fand. Der Diktator setzte auf nationale Rhetorik (ruhmreiche Geschichte; Einheit des rumänischen Volkes; Misstrauen gegenüber dem Ausland), um seine Macht abzusichern. Die Rumänen waren geneigt, die nationale Ideologie wieder aufleben zu lassen, so dass viele in die Falle des übertriebenen Nationalismus tappten, nachdem in den fünfziger Jahren die nationale „Seele“ fast verloren gegangen war. Auch nach dem Fall des Kommunismus bestand das Misstrauen gegen das Ausland, insbesondere den Westen und westliches Kapital, fort und wurde in der Amtszeit Ion Iliescus (1990 bis 1996) weiter genährt. „Wir verkaufen unser Land nicht“, lautete ein Slogan Anfang 1990. Die Rumänen haben heute allen Grund, diese Haltung zu bereuen, denn westliche Kapitalanleger haben dieses als wenig stabil geltende, sich in Richtung ungarischem, tschechischem oder polnischem Markt orientierende Land jahrelang gemieden.

Das Fortbestehen des nationalen Geschichtsdiskurses wurde auch durch einen 1999 entfesselten Lehrbuchskandal deutlich. Die neue Generation der für Gymnasien bestimmten Geschichtslehrbücher, die eine weniger heroische Sicht der rumänischen Vergangenheit vortrug, rief bei großen Teilen der Öffentlichkeit Empörung hervor, da die Menschen überzeugt waren, dass diese „neue Geschichte“ die „wahre“ verfremdete (also die im Wesentlichen nationalistische Geschichte, die lange Zeit gelehrt wurde).

Europäische Vorbilder und rumänische Eigenheiten

Im Laufe ihrer Geschichte haben die Rumänen verschiedene kulturelle und politische Modelle übernommen. Im Mittelalter war dies das slawisch-byzantinische Modell. Im 18. Jahrhundert dominierte der griechische

und türkische Einfluss. Der Prozess der Verwestlichung setzte relativ spät, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein, vor allem um 1830. Im Bereich der Eliten konnten sich die Veränderungen schnell durchsetzen. Um 1800 kleideten sich die Rumänen der gehobeneren Klassen nach türkischem Vorbild, sprachen griechisch und schrieben in kyrillischer Schrift. Um 1850 kleideten sich ihre Enkel und Urenkel nach der Pariser Mode, sprachen französisch und hatten das lateinische Alphabet angenommen. Frankreich sollte für mehrere Generationen die größte Liebe der Rumänen bleiben, deren Elite frankophon und in den meisten Fällen sehr frankophil wurde. Der deutsche Einfluss konnte vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Frankreichs konkurrieren. Den Rumänen gelang eine Synthese dieser beiden recht unterschiedlichen Modelle. Aber all dies betraf vor allem die oberen Gesellschaftsschichten. In den niederen sozialen Schichten drang die Verwestlichung in viel geringerem Maße vor. Rumänien blieb in weiten Teilen ein Agrarland (1930 lebten 80 % der Bevölkerung auf dem Land) und war durch erschreckende soziale und kulturelle Unterschiede gekennzeichnet (1930 waren noch 43 % der Bevölkerung Analphabeten).

Nach dem Zweiten Weltkrieg sorgte das Modell des sowjetischen Kommunismus für einen radikalen Richtungswechsel. Die alten Eliten wurden fast vollständig beseitigt (die politische und ökonomische vollständig, die intellektuelle teilweise) und durch Bauern und Arbeiter ersetzt. Die verstärkte Industrialisierung machte eine erhebliche Anzahl Bauern zu Industriearbeitern. Daraus entstand ein fast vollständiger sozialer Umbruch. Unter diesen Bedingungen geriet ein Großteil der kulturellen und politischen Traditionen in Vergessenheit. Von der bürgerlichen Gesellschaft blieb nicht viel übrig, im Gegensatz zu den kommunistischen Ländern Zentraleuropas, wo sie in den siebziger und achtziger Jahren wieder an Einfluss gewann (bestärkt durch die katholischen und protestantischen Kirchen, deren Haltung von der orthodoxen Kirche nicht geteilt wurde). Das weitgehende Fehlen einer handlungsfähigen Opposition und das durch die gescheiterte Politik der Industrialisierung hervorgerufene wirtschaftliche Elend erklären die blutige Revolution von 1989 und die „Machtübernahme“ durch einstige kommunistischen Führer. Die in dieser Hinsicht exemplarische Figur ist der frühere

Präsident Ion Iliescu, ehemaliger Minister des Ceaușescu-Regimes und Mitglied des Führungskaders der kommunistischen Partei.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus wandten sich die Rumänen erneut dem Westen zu. Doch dieser Prozess kam nur langsam in Gang. Ein Großteil der Bevölkerung hatte sich an den kommunistischen Lebensentwurf gewöhnt: relative soziale Gleichstellung, Arbeitsplatzgarantie und ein mittelmäßiges, aber sicheres Einkommen. Die ersten freien Wahlen im Mai 1990, bei denen Iliescu, ein Verfechter der langsamen (und unvollendeten) Revolution, 85 Prozent der Stimmen erhielt, spiegelten diese Einstellungen wider (die sich allmählich verändern).¹⁵

In der heutigen politischen Kultur Rumäniens ist eine Tendenz zum Autoritarismus erkennbar, der durch historische Entwicklungen erklärbar ist: eine lange Tradition der Machtunterwerfung in einer ländlichen, von patriarchalischen Werten geprägten Gesellschaft; eine unsichere Vergangenheit ohne Beständigkeit, die in jedem Moment nach dem schützenden „Retter“ zu verlangen schien; unvollendete Demokratisierung in moderner Zeit; Philosophie und Praxis eines totalitären Kommunismus. Das historische Gedächtnis der Rumänen ist personenorientiert, an erster Stelle stehen die mittelalterlichen Prinzen, die für die Unabhängigkeit und Würde der rumänischen Gebiete kämpften. So konnte sich der Kommunismus in größerem Maße als in anderen Ländern im sowjetischen Machtbereich in Richtung eines Personenkultes entwickeln, wie er von Gheorghe Gheorghiu-Dej (bis 1965) und mehr noch von Ceaușescu praktiziert wurde. Letzterer institutionalisierte einen Familienkommunismus eher nordkoreanischer als europäischer Prägung in der Absicht, mit Ehefrau und Sohn als Nachfolger quasi eine Dynastie zu begründen.

Nach 1989 hieß der Retter für die Mehrheit der Rumänen Ion Iliescu. Für diejenigen, die beabsichtigten, sich vom Kommunismus zu lösen, war es Emil Constantinescu, der 1996 die Wahlen gewann. Und schließlich, 2004, hieß der Retter Traian Băsescu. Das heutige

¹⁵ Vgl. für eine detaillierte Darstellung der politischen Entwicklungen Rumäniens nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Tom Gallagher, *Theft of a Nation. Romania since communism*, London 2004.

politische System ist, dem französischen vergleichbar, semi-präsidentiell, wobei der Präsident der Republik mit weniger Machtbefugnissen ausgestattet ist. Den Rumänen dagegen scheinen Beschränkungen der präsidentiellen Macht unbekannt. Sie erwarten, dass der Präsident sich über seine verfassungsgemäßen Zuständigkeitsbereiche hinaus im politischen Prozess engagiert. Präsident Băsescu hatte vor der Wahl verkündet, dass er beabsichtige, dieses Spiel mitzuspielen; er hält Wort, indem er ständig in die Tagespolitik eingreift (was zu einem gespannten Verhältnis zum Premierminister führte). Die Vorstellung, dieser „zweiköpfigen“ Regierung zu entsagen, um ein wahrhaft parlamentarisches System anzunehmen, in dem das Amt des Präsidenten auf rein repräsentative Funktionen beschränkt wäre, ist nicht nach dem Geschmack der Mehrheit der Rumänen und hätte schlechte Chancen, verwirklicht zu werden.

Die enge Verbundenheit mit der orthodoxen Kirche ist eine weitere rumänische Besonderheit. Lediglich ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung bezeichnet sich als „nicht gläubig“. Zudem geht die Kirche aus allen Umfragen als die am meisten respektierte Institution hervor, sehr viel anerkannter als die politischen Institutionen. Die Politiker lieben es, in der Kirche gesehen zu werden, und zögern nicht, religiöse Überzeugungen kundzutun. Dennoch ist man von jeder fundamentalistischen Haltung weit entfernt. Viele Rumänen praktizieren ihren Glauben, aber viele, die sich „gläubig“ nennen, sind es vor allem aus Achtung vor der Tradition und der nationalen Identität – zu deren wichtigsten Symbolen die orthodoxe Kirche zählt. Im Unterschied zu den griechischen oder russischen Kirchen pflegt die orthodoxe Kirche Rumäniens herzliche Beziehungen zum Vatikan. 1999 reiste Papst Johannes Paul II. nach Bukarest, wo er triumphal empfangen wurde. Auch im Bereich der Religion bewahrt sich die ambivalente Haltung der Rumänen: Sie sind eine Nation, die eifersüchtig, aber keineswegs fundamentalistisch über ihr Erbe wacht und gleichzeitig dem Dialog offen gegenübersteht.

Die Rumänen haben immer wieder die politischen und kulturellen Vorbilder gewechselt, um ihre Traditionen mit mehr oder weniger fremden Ideen und Institutionen zu verbinden, und sind so Meister der Kunst ge-

worden, sich *Formen* anzueignen, ohne sich mit deren wirklichem *Inhalt* zu beschäftigen. Titu Maiorescu (1840–1917), ein Rumäne mit deutscher Ausbildung und europäischem Geist und eine einflussreiche Persönlichkeit auf kulturellem und politischem Gebiet, prägte den Begriff „Formen ohne Füllung“,¹⁶ um diese oberflächliche Verstellungskunst seiner Landsleute anzuklagen. Die Rumänen haben keine Schwierigkeiten, Gesetzgebung und Institutionen nach westlichem Vorbild aufzugreifen. Aber oft genug bleiben diese nur beschränkt funktionstüchtig, was Korruption und administratives Wirrwarr befördert. Die politischen Parteien haben sich formell in die Reihe der großen politischen Familien Europas eingegliedert, aber ihr Verhalten stimmt nicht immer mit den Kürzeln überein. So machte die Sozialdemokratische Partei (gegründet von Ion Iliescu) durch autoritäre Politik und Selbstbereicherung ihrer Funktionäre auf sich aufmerksam. Kürzlich ist die Demokratische Partei (aus der Traian Băsescu hervorging) quasi von einem Tag auf den anderen „von links nach rechts“ gewechselt, indem sie sich zugunsten einer populären Doktrin von der sozialdemokratischen Denkweise abwendete. Ein halbes Dutzend Parteien nennen sich „christdemokratisch“, die meisten ohne eine solche Grundlage. Viele Politiker haben zwei- oder dreimal die politischen Lager gewechselt.

Die Rumänen stehen der europäischen Integration mehrheitlich positiv gegenüber, ebenso wie der Aufnahme in die NATO im März 2004 (im Gegensatz zu anderen Ländern der Region, wo die Meinung verhaltener, ja sogar skeptisch ist). Aber tatsächlich verkennt ein Teil der Rumänen die Bedeutung eines EU-Beitritts: Für sie geht es weniger um eine kulturelle und politische Entscheidung als vielmehr um die Hoffnung, dass der Anschluss an den Westen wie durch ein Wunder alle Probleme Rumäniens lösen würde.

Rumänien 2006

Die Mischung aus ländlichem Traditionalismus, im 19. Jahrhundert ererbtem und durch die Propaganda Ceaușescus verstärktem Nationalismus und zur Zeit des Kommunismus im Bewusstsein der Menschen eingepägtem

¹⁶ *Anm. der Übersetzerin:* im französischen Original *formes sans fonds*.

anti-liberalen Kollektivismus ist im Verschwinden begriffen. Das Rumänien des Jahres 2006 unterscheidet sich stark vom Rumänien des Jahres 1990, als es krank aus der kommunistischen Diktatur hervorging. Nach schwierigen Anfängen und einer beispiellos langsamen Reformphase ist es der Marktwirtschaft gelungen, Fuß zu fassen. Nach und nach bildet sich ein Mittelstand heraus. Verkehrsstaus in den Straßen von Bukarest und die spektakuläre Verbreitung großer Einkaufsmärkte wie kleiner Einzelhandelsgeschäfte zeugen davon. Eine neue Generation ist von ideologischen Komplexen verschont herangewachsen; es melden sich junge Intellektuelle zu Wort, die in westlichen Ländern studiert oder dort ihre Studien vervollständigt haben (die englische Sprache hat das Französische verdrängt; Deutsch findet trotz tragfähiger wirtschaftlicher und politischer Kontakte mit Deutschland und Österreich nur selten Anwendung). Viele Rumänen, nach Schätzungen etwa zwei Millionen, arbeiten im Ausland, hauptsächlich in Italien, Spanien und Deutschland.

Zu Zeiten des Kommunismus isoliert, öffnet sich Rumänien der Welt. Ein Wandel der Denkweisen ist im Gange: weniger Vorurteile gegen ausländische Bürger, mehr Vertrauen in Werte wie Eigeninitiative. Und auch sicherere demokratische Reflexe bilden sich heraus: Bereits zweimal (1996 und 2004) hat sich die Mehrheit der Rumänen gegen die autoritären Tendenzen der Herrschenden entschieden; die drei Machtwechsel (1996, 2000 und 2004) zeigen, dass die Rumänen die wesentlichen Lektionen der westlichen Demokratie gelernt haben.

Andererseits bleiben die sozialen und kulturellen Diskrepanzen besorgniserregend. Zwei Seiten Rumäniens stehen sich von Angesicht zu Angesicht gegenüber: eine, die sich dem Westen angenähert hat, und eine andere, die, arm und von der Modernisierung wenig berührt, vor allem im ländlichen Milieu und im Umland der Städte sichtbar wird. Es bleibt zu hoffen, dass der Beitritt zur EU die positiven Tendenzen beschleunigen kann und dass ein wenig mehr Disziplin und Konsequenz die unstrittige Anpassungsfähigkeit der Rumänen bereichern.

Ivaylo Ditchew

Die geheimen Freuden des Provinzialismus

Zur Zeit des Sozialismus gab es einen berühmten Witz, der angeblich den Nationalcharakter der Bulgaren beschreibt: Ein amerikanischer Spion wird nach Bulgarien geschickt und übermietet einen Monat später eine verzweifelte Nachricht an seine Vorgesetzten: „Ich verstehe in diesem Land überhaupt nichts. Niemand arbeitet, aber alle erhalten Lohn. Alle erhalten Lohn, aber in den Läden gibt es nichts zu kaufen. In den Läden gibt es nichts zu kaufen, aber alle Kühlschränke sind voll. Die Kühlschränke sind voll, aber alle hassen die Kommunisten. Alle hassen die Kommunisten, aber niemand protestiert.“

Diese Kette der Widersinnigkeiten könnte bis in die heutige Zeit der Vorbereitung auf den Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) verlängert werden. Einerseits besteht nahezu einhelliger Konsens über die europäische Orientierung des Landes, andererseits lassen Meinungsumfragen (etwa zur Abschaltung des einzigen Kernkraftwerks, zu sozialen Maßnahmen für die Minderheit der Sinti und Roma oder zur Wiedereinführung der Todesstrafe) offen antieuropäische Haltungen zutage treten, werden Prioritäten der Integration zugunsten innerer Überzeugungen über Bord geworfen. Bleibt es abstrakt, werden die Europäer bewundert; geht es jedoch um einen EU-Experten, einen griechischen Kapitalisten oder eine französische Fußballmannschaft, entladen sich wie aus heiterem Himmel erstaunlich negative Energien. Um welchen Aspekt der Integration es sich

Ivaylo Ditchew

Dr. phil., geb. 1955; Präsident des Red House Centre for Culture and Debate, Sofia, und Professor für Kulturanthropologie an der St. Kliment Ohridsky Universität Sofia.
15 Tsar Osvoboditel Blvd., 1504 Sofia/Bulgarien.
Ivayloditchew@dir.bg

Übersetzung aus dem Englischen: Susanne Laux, Königswinter.

auch handelt – niemand weiß genau, wie die Haltung des Landes aussieht. Die bulgarischen Verhandlungsführer oder Europaminister werden im eigenen Land bisweilen verächtlich „Mr./Mrs. Yes“ genannt. Fällt das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen zum allgemeinen Erstaunen dann doch nicht so schlecht aus und wird Bulgarien (das Land unter den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten, das der UdSSR am nächsten und vom Westen am entferntesten war) fair behandelt, ruft das nicht etwa Begeisterung, sondern paranoide Spekulationen über geheime Beitrittsklauseln und eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe hervor.

Dieses Paradox findet sich überall. Die meisten Bulgaren sind froh, endlich zur „Mannschaft“ der Stärkeren zu gehören – beispielsweise zur NATO –, und stehen deren Vorgehen gegen Serbien gleichzeitig extrem kritisch gegenüber. Auswanderung wird als aufregende Chance für Einzelne und als Einkommensquelle für das gesamte Land betrachtet, doch löst die Vorstellung von einer demografischen Apokalypse tiefe nationale Depressionen aus. Die Bulgaren sind stolz darauf, eine Nation fleißiger Bürger zu sein, und schämen sich im nächsten Moment ihrer Faulheit; man hört von heroischen Kämpfen und historischen Taten, ebenso aber Geschichten von Verrat und Niedertracht.

Small is beautiful

Einer der ersten Eindrücke, die ein ausländischer Beobachter von Bulgarien gewinnt, ist der von der notorischen Ruhe und Provinzialität seiner Bürger. Dies ist nicht nur eine Frage des Temperaments, sondern der politischen Kultur, in der radikale Lösungen nur selten bevorzugt werden. Man nehme das NS-freundliche Regime der dreißiger Jahre: 1940 wurden zwar Rassengesetze beschlossen, aber nur halbherzig durchgesetzt. In einem berüchtigten Schreiben an den deutschen Außenminister beklagte sich 1943 der Botschafter in Bulgarien, Adolf Beckerle, dass die unter „Armeniern, Griechen und Zigeunern“ aufgewachsenen Bulgaren nicht jene ideologische Eindeutigkeit erworben hätten, zu der die Nationalsozialisten in Rassenfragen gefunden hätten. Die Ermordung von Juden wurde nach dem mutigen Widerstand von Abgeordneten, Intellektuellen und

Priestern gestoppt, und doch wurde dieser kompromittiert, als rund 12 000 Juden in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten von der bulgarischen Armee an die Deutschen ausgeliefert wurden. So ist Bulgarien weder eine Nation, die von Nazidämonen heimgesucht wird, noch eine Nation von Helden.

Auch der Kommunismus war (glücklicherweise) auf eine gewisse Art provinziell. Entgegen der verbreiteten Annahme einer engen politischen Verbundenheit der beiden Länder war der Kommunismus in Bulgarien das genaue Gegenteil von dem in der Sowjetunion. Während des Zeitraums von 45 Jahren wurden etwa 10 000 Menschen ermordet – was ziemlich genau einer durchschnittlichen Diktatur in der so genannten Dritten Welt entspricht. Obwohl es damals zu keiner Zeit zu Massenunruhen gegen das System kam und gegenwärtig eine gewisse nostalgische Sehnsucht nach der alten Zeit zu beobachten ist, heißt das nicht, dass sich die Menschen je von den kommunistischen Idealen hätten begeistern lassen. Der Anthropologe Gerald Creed meint, dass die Bulgaren „die Revolution gezähmt“ und die Ideale des Marxismus-Leninismus in eine beschauliche, kleinbürgerliche Welt von verwandtschaftlichem und nachbarschaftlichem Geben und Nehmen übertragen hätten. Angehörige meiner Generation werden sich an die Geschichte des sowjetischen Kriegshelden Alexander Matrosow erinnern, der die Schießscharte eines NS-Bunkers mit seinem Körper blockierte und es so der Roten Armee ermöglichte, anzugreifen. In unseren Schulbüchern wurde er deshalb als erhabenes moralisches Vorbild dargestellt. Offenbar gab es eine ähnliche Geschichte über einen bulgarischen Soldaten, von dem wir in der Schule allerdings nie gehört haben – wohl, weil es ihr an Symbolik mangelte, denn dieser Soldat verhüllte den Bunkerschlitze mit seinem Übermantel.

Leser der Regenbogenpresse lieben Deutungen des bulgarischen Nationalcharakters, die sich leichtfüßig zwischen den beiden Polen Stolz und Scham bewegen. Ich möchte mich diesem Nationalcharakter nicht existenzialistisch, sondern konstruktivistisch nähern und mich auf das beziehen, was Fernand Braudel und Immanuel Wallerstein als „Welt-Ökonomie“ bezeichnet haben: Nicht nur Bulgarien ist geprägt von einem eng verwobenen

nen System, in dem staatliche Autonomie nur ein Element des übergeordneten Machtmechanismus darstellt. Die politische Kultur Bulgariens lässt sich mit einer Metapher von universaler Geltung beschreiben: der Provinz. Als Provinz (lateinisch *pro + vincere*) galt die eroberte Peripherie, befriedet durch die *Pax Romana*. Jedes Zentrum hat seine Provinz, doch gibt es unterschiedliche Ebenen von Provinzialität. Einige Gebiete sind bestrebt, ein bestimmtes Maß an Souveränität zu erreichen. Andere bezeichnen wir als „tiefe Provinz“, weil sie keine realistische Aussicht auf Autonomie haben. Ich definiere Provinz als Beziehungsgeflecht zwischen dem Zentrum und der Peripherie, das sich aus historischen, wirtschaftlichen oder politischen Konstellationen ergibt.

Zu den prägendsten Merkmalen einer Provinz gehört das Spiel der doppelten Legitimation, in dem Eliten ihre Position daheim dem Zugang zum imperialen Machtzentrum verdanken; innerhalb des Imperiums dagegen dem Umstand, Vertreter einer lokalen Gemeinschaft zu sein. So war es auch bei den bulgarischen Eliten des 18. Jahrhunderts und ihren Beziehungen zum Osmanischen Reich. Wie die meisten Imperien stand das Osmanische Reich der Selbstverwaltung konfessioneller Gemeinschaften aufgeschlossen gegenüber. Im Reich galt kein einheitlicher Standard; Rechte und Privilegien von Städten und Dörfern hingen zum großen Teil vom Verhandlungsgeschick der lokalen Autoritäten gegenüber den Vertretern der Hohen Pforte ab. In den Beziehungen zur Zentralmacht kam damit auch ein besonderes persönliches Moment zum Tragen: Die Mittelsmänner standen mit ihrem Leben und ihrem Besitz dafür ein, dass die von ihnen vertretenen Orte keine Probleme verursachten. Hält man sich vor Augen, dass die Bulgaren damals in kleinen Städten und Dörfern wohnten, in denen jeder jeden kannte, kann man die seltsame Mischung aus Dankbarkeit und Undankbarkeit gegenüber der Macht nachempfinden, die dieses Arrangement hervorrief.

Diese Struktur, die sowohl im antiken Rom als auch im Mittelalter zu finden ist, ist nicht einzigartig. Die Besonderheit Bulgariens liegt darin, dass sie sich dort so leicht mit der beginnenden Moderne verschmelzen ließ. In punkto Autonomie hat das Land keine lange Tradition aufzuweisen. Der moderne bulgari-

sche Staat, der am Ende des russisch-türkischen Krieges von 1878 entstand, wurde erst 1908 vollständig vom Osmanischen Reich unabhängig. Die sich bald darauf ereignenden Katastrophen des zweiten Balkan- und des Ersten Weltkrieges stürzten die Nation in Depression und in tiefe wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten (etwa an Bedingungen geknüpfte Kredite französischer Banken). In den dreißiger Jahren schließlich, nach einer kurzen Phase des Wohlstands und der Eigenständigkeit, geriet Bulgarien in den Machtbereich Deutschlands, nach 1944 überganglos in den der Sowjetunion.

Diese letzte Form „begrenzter Souveränität“ lohnt einen genaueren Blick. Im Gegensatz zum „totalitären“ Paradigma, demzufolge sich der Kommunismus als Gesellschaft atomisierter, einander entfremdeter Individuen erklären lässt, war diese Zeitspanne (vor allem auf dem Balkan) eine Wiederholung der osmanischen Struktur der an den Menschen orientierten, emotional beteiligten Mittelsmänner zwischen der Zentralmacht und dem Volk. Wenn überhaupt etwas modernisiert wurde, dann die Beschaffenheit der patriarchalischen, sich selbst verwaltenden Einheiten, die nun keine Dörfer oder *millets* (Glaubensgemeinschaft im Osmanischen Reich) mehr waren, sondern Unternehmen, künstlerische Vereinigungen oder „politische“ Organisationen.

Das Oberhaupt der Einheit gehörte zu einer bestimmten Ebene der Nomenklatura und hatte Zugang zu den Mitgliedern der oberen Kreise. Die Mitglieder der Einheit waren ihm gegenüber loyal, weil er die Gruppe verteidigte, ihr Vorteile vermittelte und die Gruppe ihn oft selbst auf seine gegenwärtige Position berufen hatte. Das Kollektiv fühlte sich über ein persönliches Treueverhältnis an sein lokales Oberhaupt gebunden, nicht im feudalen Sinn, sondern eher als entfernte Verwandtschaft, die sich über die Zugehörigkeit zur gleichen Landsmannschaft, den Austausch von Diensten, gemeinsame Trinkgelage oder sexuelle Beziehungen definierte. Gesellschaftliche oder politische Kritik bereitete dem Oberhaupt der Gruppe umgehend Probleme und wurde als unmoralisch erachtet. Deshalb wurde ein Dissident, der abstrakte Prinzipien über die auf die Gemeinschaft gestützte Loyalität stellte, in der Regel zum Außenseiter (und in der UdSSR oft in eine

psychiatrische Anstalt eingewiesen). Nicht zufällig wurden die ersten Oppositionsgruppen in den achtziger Jahren als „Informelle“ bezeichnet. An oberster Stelle der Hierarchie stand Todor Zhivkov, der Generalsekretär der bulgarischen Kommunistischen Partei, in den 35 Jahren seiner Amtszeit ein erstaunlich erfolgreicher Vertreter dieses provinziellen Ethos. Er verstand sich auf Winkelzüge in den Beziehungen zur UdSSR, führte eine einfache, ungebildete Sprache und vermied es mit bürokratischem Geschick, in wichtigen Fragen deutlich politische Position zu beziehen, um die Gelassenheit der Massen nicht zu stören. (Während der Perestroika-Jahre sagte er: „Wir sollten den Kopf einziehen und darauf warten, dass der Sturm an uns vorüberzieht.“) Besser ihn als Staatsführer, dachten sich die Menschen, als einen Verrückten wie Nicolae Ceaușescu; er führt die Russen an der Nase herum und ermöglicht für uns billiges Öl und gute Geschäfte.

Um ein persönliches Beispiel zu nennen: Fast jedes Jahr organisierte die Philosophische Fakultät der Universität Sofia in den achtziger Jahren ein Seminar zu Fragen der Geistes- oder Sozialwissenschaften. Uns wurden mutige intellektuelle Diskussionen erlaubt. Wie kam es aber, dass wir niemals eine gemeinsame Petition gegen das Regime unterzeichneten? Die Antwort ist einfach: Das Seminar wurde von einer Reihe angesehener Kollegen ermöglicht, die für uns ihre Karriere aufs Spiel setzten und denen wir nicht schaden wollten, indem wir „zu weit“ gingen.

Was ein Seminar, eine Partei oder ein Unternehmen in eine familienähnliche Struktur verwandelt, ist das Fehlen verbindlicher Regelungen der Binnenbeziehungen: Sanktionen erfolgen in der althergebrachten Form einer Geiseltötung, sie ähneln dem, was im kommunistischen Albanien als „objektive Schuld“ bezeichnet wurde: Der gesamte Clan muss für das Vergehen eines Einzelnen büßen. Wenn Diplome, Referenzschreiben oder öffentliche Dokumente längst nicht so wichtig sind wie ein persönliches Telefonat, dann kann sich die soziale Kontrolle auf den menschlichen Faktor verlassen – die Kultur der mündlichen Weitergabe bringt eine Politisierung hervor.

Zudem hat die Moderne traditionelle, ritualisierte Formen des Miteinanders zerstört

und eine Art soziale Promiskuität hervorgerufen. „Wir sind alle Vettern“, meinte der frühere Ministerpräsident Ivan Kostov. Nachdem die Grenze zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten (die in den neunziger Jahren den Charakter eines religiösen Tabus angenommen hatte) allmählich verblasst ist, trifft man Politiker, Unternehmer, Medienstars, Journalisten, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und sogar Kriminelle in den merkwürdigsten Kombinationen an. In einem solchen Milieu scheint das Festhalten an Prinzipien oder Ideen nicht mehr angemessen. Die meisten dieser Zusammenkünfte nehmen eine *Ad-hominem*-Wendung, zum größten Vergnügen der Regenbogenpresse. Zu den jüngsten Beispielen gehören in diesem Jahr der Fall eines früheren Abgeordneten, der im Parlament als Homosexueller „geoutet“ wurde, der Fall des Obersten Staatsanwaltes, dem der Oberste Richter in einem gefälschten Dokument unterstellte, geisteskrank zu sein, und der Fall eines früheren Bürgermeisters der Hauptstadt, der sich gleich fünf Korruptionsklagen ausgesetzt sah. Natürlich stellt sich bei solchen Anschuldigungen nie heraus, ob sie wahr sind oder bloß erfunden. Auch in einem Familienstreit gibt es weder Gewinner noch Verlierer.

Egalitäre Leidenschaften

Der Unterschied zwischen dem Individuum und der Macht ist einer derart verworrenen Welt schwer aufrechtzuerhalten. In einer egalitären Gesellschaft treten moralische Urteile an die Stelle sozialer Distanz. Diese Geisteshaltung wurde von dem Soziologen Zhivko Georgiev treffend beschrieben, demzufolge man in Bulgarien „entweder gut ist oder gut lebt“. Meinungsumfragen ergeben, dass mehr als 80 Prozent der Bevölkerung glauben, von der „Übergangsperiode“ nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft hätten zuallererst die Kriminellen profitiert, gefolgt von den Politikern. Die Zustimmungsraten zum Parlament reicht selten über 20 Prozent hinaus.

Soziologisch gesehen ist Bulgarien eine Gesellschaft mit relativ geringen Unterschieden. Die meisten Familien gehen auf das 19. Jahrhundert zurück, als das Ethnonym „Bulgare“ für „Bauer“ stand und der vormodernen Ar-

beitsteilung innerhalb des Osmanischen Reichs entsprach. Der Kommunismus ebnete die sozialen Unterschiede ein, ohne große feudale Machtkonzentrationen wie in der Sowjetunion entstehen zu lassen. Der dramatische Unterschied zwischen diesen beiden Kulturen, die sich aus westlicher Sicht zu ähneln scheinen, lässt sich mit einer falschen Übersetzung von Leo Tolstois „Krieg und Frieden“ ins Bulgarische illustrieren. Fürst Bolkonski, heißt es in dem Text, kam durch „das Dorf seines Vaters“. Der bulgarische Übersetzer folgerte daraus, der Fürst sei durch das Dorf gereist, in dem sein Vater geboren worden war; er konnte sich schlicht nicht vorstellen, dass dieses Dorf zum Besitz des Vaters gehörte.

Der Kommunismus in Bulgarien ließ die osmanische Struktur einer egalitären Bevölkerung und Mittlern wieder aufleben, die mit dem fernen Machtzentrum verhandeln. Die „Periode des Übergangs“ in den neunziger Jahren rief dann nicht nur große und schockierende soziale Unterschiede hervor – sie machte diese auch sichtbar, indem sie mit den ideologischen Tabus des kommunistischen Regimes brach und Reichtum zu einer Sache wurde, die man vorführen durfte. (Wie wird man Bankier, ohne das nötige Kapital zu haben? Man kauft ein teures Auto und baut ein Büro aus Marmor, um das Vertrauen der Investoren zu gewinnen.) Die vom Kommunismus ererbte fatale Teilung in zwei Welten – „uns“, die Opfer, „die anderen“, die Täter – erhielt eine neue, ökonomische Dimension. Natürlich waren viele Repräsentanten der neuen Klasse in Wirklichkeit Kriminelle oder frühere Geheimdienstler. Interessant jedoch sind die Mythen, die sich um Geschäftemacherei und Privatbesitz ranken und die nicht nur mündlich, sondern auch von den marktwirtschaftlich orientierten Medien kolportiert werden. Dies hatte beinahe den Effekt einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wer davon überzeugt ist, Geschäfte ließen sich nur mit kriminellen Machenschaften betreiben, wird entweder keine Geschäfte machen oder einer von „den anderen“ werden wollen. Manche Leser mögen sich an die Vorstellungen Lenins von den beiden Kulturen erinnern: die eine bürgerlich, die andere proletarisch. Was Lenin nicht bedacht hat, war, dass beide Kulturen in einer modernen Gesellschaft recht lange nebeneinander existieren können.

Festzuhalten bleibt, dass die neunziger Jahre die ungestörte Kohabitation des Zentrums und der Peripherie in Frage stellten und wilde Hoffnungen nährten, über Nacht reich werden, in ein Traumland ausreisen oder den Beruf wechseln zu können. Allmählich hat sich dieser Wirrwarr von Möglichkeiten reduziert, das Modell der Provinz hat sich behauptet: Heute ist es sehr viel unwahrscheinlicher, dass ein Vierzigjähriger ausreist, ein Normalbürger eine Zeitung gründet oder eine Gruppe von Gleichgesinnten eine politische Partei registrieren lässt. Solche Dinge scheinen für „die anderen“ reserviert, die Bösen. Dies mag ganz wie der altbekannte orientalische Fatalismus klingen, aber es hat auch seine guten Seiten, denn jahrelange Verlockungen erschöpfen sich und machen die Menschen unglücklich.

Nach einer Welle der Kriminalität in den Neunzigern hat der Normalbürger heute sehr viel weniger Angst, zum Opfer von Verbrechen zu werden, denn sein Auto oder sein Besitz interessieren die Gangster, die sich professionalisiert haben, nicht länger. Jene müssen nun immerhin für ihre Taten bezahlen – regelmäßig werden sie von ihren Rivalen ausgenommen. Diese provinzielle Theodizee, diesen Versuch, den Glauben an die Gerechtigkeit Gottes mit dem Bösen in der Welt in Einklang zu bringen, hat der frühere Zar Simeon II (1943–1947), als Simeon Saksoburggotski Ministerpräsident der Republik Bulgarien (2001–2005), in Worte gefasst, als er meinte, Normalbürger sollten sich um die dramatische Zunahme von Morden im Land nicht sorgen.

Die Politik der doppelten Unverantwortlichkeit besteht darin, dass die Machthaber von der Koexistenz dieser parallelen Welten profitieren, ihre Legitimität in jeder dieser Welten aus den Kontakten, die sie in der jeweils anderen pflegen, beziehen, und so letztlich von keiner der beiden Seiten zur Verantwortung gezogen werden können. In der Vorbereitungsphase auf den EU-Beitritt ist dieses althergebrachte Beziehungsmuster zwischen dem Zentrum und der Peripherie nur zu gern aufgegriffen worden. Anders als im Osmanischen Reich oder unter der Sowjetherrschaft werden die Bürgerinnen und Bürger nicht durch einen Mangel an Transparenz in Klassen eingeteilt, sondern durch die Flut erschöpfender Informationen, welche die

neuen, sanften Herrscher über der Öffentlichkeit ausschütten.

Überall in Europa ist es so, dass schlechte Nachrichten aus Brüssel und gute Nachrichten aus dem eigenen Land kommen. Osteuropa aber durchlief diesen Prozess der Desillusionierung innerhalb nur weniger Jahre: Zunächst wurde die EU als Verbündete gegen die Gauner im eigenen Land empfunden, nur wenige Jahre später jedoch zunehmend als deren Komplizin. Bulgarien war keine Ausnahme, was den europaweiten Zuspruch für extreme Parteien auf der rechten und linken Seite des Spektrums betrifft, der zum Teil ein Ergebnis dieser Desillusionierung ist. Eigenartig war, wie leise sich dieser Wandel vollzog. An der Zustimmung zur EU von etwa zwei Dritteln der Bevölkerung hat sich nichts geändert, und selbst die Neofaschisten, die 2005 plötzlich im öffentlichen Leben auftauchten, stellen die Integrationsabsichten des Landes nicht ausdrücklich in Frage. Der Wunsch eines ihrer Führer, die Demokratie durch eine „Bulgarokratie“ zu ersetzen, hat etwas Folkloristisches. Euroskeptische Haltungen haben sich unterhalb der Oberfläche des öffentlichen Diskurses und der Meinungsumfragen gebildet – ganz ohne Debatten, ohne Demonstrationen, ohne eine Neuausrichtung von Bündnissen. Das Land wechselte ohne großes Aufheben in den Operationsmodus der Provinz, der üblicherweise mit dem Sprichwort „Gott – ganz weit oben, König – ganz weit weg“ ausgedrückt wird.

Die soziologische Forschung entwirft ein deprimierendes Bild, in dem es unerheblich ist, welche Maßnahmen eine politische Kraft ergreift und wie viel Geld investiert wird – der politische Rückhalt schwindet, und wie im übrigen Osteuropa (mit einer Ausnahme: Ungarn) gibt es auch in Bulgarien keine politische Partei, die zwei Wahlen in Folge gewonnen hat. Scheinbar genügt die bloße Tatsache, sich an den Hebeln der Macht zu befinden, um an Glaubwürdigkeit zu verlieren: Die lokalen Mittler wechseln auf die Seite des fremden Machtzentrums, einzelne Politiker handeln scheinbar losgelöst von moralischen Verpflichtungen – wenn ihnen ohnehin keine ihrer öffentlichen Handlungen die Unterstützung der Bürger einbringt, dann können sie auch an ihre eigenen Interessen denken. Und so wird der Negativismus erneut zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Die verborgenen politischen Trennlinien

Das Muster der doppelten Unverantwortlichkeit hat eine lange Geschichte und liegt allen politischen Trennlinien des Landes zugrunde. Es gibt jene, die Direktiven des weit entfernten Zentrums vorbehaltlos umsetzen, und jene, die sich ihnen aus patriotischen Gründen widersetzen. Im 19. Jahrhundert gab es die Russophilen und die Russophoben, in den dreißiger und vierziger Jahren prodeutsche und antideutsche Strömungen, die aufeinander prallten. Der Kommunismus mag wie eine homogene und apolitische Epoche wirken, doch konnte zwischen moskautreuen Agenten, von denen einige nach 1944 aus der Sowjetunion zurück nach Bulgarien gesandt wurden, und den im Lande verwurzelten Kommunisten unterschieden werden. Mit der Ernennung von Zhivkov durch den Ersten Sekretär der KPdSU, Nikita S. Chruschtschow, im Jahr 1954 ergriffen Letztere schrittweise die Macht und verfolgten unter dem Deckmantel der Verbundenheit mit Moskau einen immer stärker nationalistischen Kurs (der unter der Ägide Michail Gorbatschows in einen offenen Konflikt über die Bulgarisierung der ethnischen Türken im Land mündete), wofür sich die Sowjetophilen 1989 mit der Absetzung Zhivkovs revanchierten.

Die Zeit seit 1990 ist gekennzeichnet durch eine lautstarke Opposition jener politischen Kräfte, die sich selbst als links bzw. rechts definieren. Dennoch waren die Trennlinien zwischen den Parteien unscharf; zunächst standen sich zwei Gruppen gegenüber, die ich als „Westler“ bzw. als „Autochthone“ bezeichnen würde. Die „Westler“ wollten die sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Modelle jener Staaten so unverfälscht wie möglich importieren, die nun als „normale“ Länder bezeichnet wurden – ähnlich wie die Kulturträger des 19. Jahrhunderts sich an den zivilisierten Völkern orientiert hatten. Die „Autochthonen“ wiederum traten für im Land verwurzelte Besonderheiten ein, egal, ob diese nun auf dem sozialistischen Erbe beruhten, der Geschichte des Landes oder der angeblichen Mentalität seiner Menschen.

Manchmal waren die Unterschiede zwischen diesen Gruppierungen höchst subtiler Natur. Nur wenige erinnern sich daran, dass es zu Beginn der neunziger Jahre, als die Idee des Kommunismus aus der politischen Mitte

verbannt wurde, innerhalb der Sozialistischen Partei die Gruppe um Lillov gab, der mit dem Begriff „sozialistisch“ eine besondere lokale Nuance verband, und jene um Lukanov, der von „sozialdemokratisch“ sprach, wenn etwas „so wie in Westeuropa“ war. Unter den so genannten Rechten (die von Mehr-oderweniger-Faschisten bis hin zu Sozialdemokraten reichten) gab es einerseits die neu gegründeten alten Parteien mit ganz eigener Geschichte und Traditionen, andererseits die neuen Parteien, die sich an Vorbilder in Europa und den USA anlehnten.

Ein solches Gefüge macht es überflüssig, die eigene Haltung in Fragen von allgemeinem Interesse zu legitimieren. An beiden Polen der Macht stellen persönliche Beziehungen die wichtigste Machtquelle dar. Die Mythen, die sich um diese ranken, sind ständige Begleiter der provinziellen Politik. Zhivkov wurde nachgesagt, einen direkten Zugang zur sowjetischen Führung zu haben; die postkommunistische Rechte wiederum mystifizierte ihre Beziehungen zum Präsidenten der USA (dem „big boss“) und den europäischen Parteiführern. Auf lokaler Ebene werden die Mittelsmänner in der Regel nicht als gewählte politische Körperschaften verstanden, sondern als eine Art Clanoberhaupt, dessen Stellung naturgegeben ist. Untersuchungen zeigen, dass Einzelne bis Ende der neunziger Jahre nur sehr selten ihr Wahlverhalten änderten, wechselndes Wahlverhalten als unmoralisch gebrandmarkt wurde und die Loyalität der eigenen Partei gegenüber einen fast schon ethnisch definierten Charakter annahm (erwartungsgemäß traf dies am stärksten auf die Anhänger der Kommunisten zu). Im antikommunistischen Dunstkreis schossen neue Parteien wie Pilze aus dem Boden und wurden zum Auffangbecken einer weit verbreiteten politischen Unzufriedenheit, die sich aus der allgemeinen Verunsicherung über die ständigen Veränderungen speiste. Die erste Reihe der Verhandlungsführer am Runden Tisch – den Allparteiengesprächen von 1990 – wurde durch die zweite Garnitur ersetzt, schließlich wurde die Führung von denen übernommen, die aus der dritten Reihe kamen, und so weiter. Die rechte Rhetorik in den internen Machtkämpfen wurde immer radikaler, doch sollte niemand die Augen davor verschließen, dass der Kampf der antikommunistischen Bewegung gegen „Privilegien“ und das „administrative Kommandosystem“

auch linke Inhalte hatte und seine Motivation aus der beinahe naiven Utopie einer „kleinen, aber feinen“ Privatisierung bezog.

Die Sozialisten, die dem „linken“ Flügel zugeordnet wurden, traten für einen starken Rechtsstaat ein, für institutionelle Kontinuität und Patriotismus. Tatsächlich untergrub die begriffliche Verworrenheit der Bezeichnungen „links“ und „rechts“ von Beginn an jeden vernünftigen politischen Diskurs. Erst in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre begann die Rechte ihren Absichten entsprechend zu handeln – sie betrieb eine umfassende Privatisierung und setzte die Regeln des Kapitalismus kompromisslos durch. Dies erschütterte das politische System erneut; die Peripherie fühlte sich betrogen und projizierte ihre Hoffnungen auf Personen, die zu ausgesprochenen politischen Legenden wurden. Dieser Prozess drückte sich in der Regel in Proteststimmen aus. Die Provinz versuchte, in einer plötzlich fremd gewordenen Welt neue Mittelsmänner zu berufen. Zu jenen politischen Legenden gehörten:

- George Ganchev, der Vater der bulgarischen „Lifestyle-Politik“, mit seiner Gitarre, seinen vom gesunden Menschenverstand geprägten Reden und dem Versprechen, dass jeder „ein Stück vom großen Kuchen“ erhalte, indem wir zu einer Nation von Geschäftsleuten werden;

- Simeon II., der aus dem Exil heimgekehrte und zum Ministerpräsidenten gewählte Bürger-Zar mit einer großen medienwirksamen Familie, guten Umgangsformen und mit Emotionen, die politische Positionen ersetzten;

- Boyko Borrissov, der Star-Polizist, mit kurzem Haarschnitt und sportlichem, fast schon verwegenen Aussehen, der als bulgarischer Robin Hood einen einsamen Kampf gegen die politische Klasse führte;

- Volen Siderov, der aus einem Programm im Kabelfernsehen entstandene Neofaschist, der seine gegen die NATO und die EU gerichtete Rhetorik mit antitürkischen Losungen der nationalen Wiedergeburt im 19. Jahrhundert verband, die jeder Bulgare in der Schule lernt.

Sie alle tauchten plötzlich auf der Bildfläche auf (der spätere Wahlsieger, „Zar“ Sime-

on, hatte seine Partei erst zwei Monate vor den Parlamentswahlen des Jahres 2001 gegründet), und die Experten versuchten zu verstehen, was geschah. Personen, die zu politischen Legenden werden, stehen für eine Idee der Einheit; für das Gegenteil politischer Zersplitterung, die ängstigt und verstört. Sie werden als untrennbar mit der Provinz verbundene Identitätsmerkmale empfunden, die diese vor der feindlichen Welt schützen: Jene Führer sind entweder wie Simeon II. aus dem Exil zurückgekehrt, haben eine gut bezahlte Laufbahn aufgegeben oder aber furchtlos ihr Leben riskiert. Derartige nationale Symbolfiguren, Verkörperungen der Einheit, sind für Bulgarien nicht neu; man denke an den Revolutionär Vassil Levsky, der im 19. Jahrhundert lebte und als Begründer der Nation fast schon religiösen Status genießt, oder an die blinde Hellseherin Großmutter Vanga, die mit stillschweigender Unterstützung der Kommunisten einem Kult mit seltsam heidnisch-christlich-nationalem Charakter Auftrieb verlieh. Derartige Personifizierungen der provinziellen Gemeinschaft wurden in den neunziger Jahren, einer Zeit existenzieller Ängste, hektisch gesucht.

Stumme Politik

Eines der hervorstechendsten Merkmale der bulgarischen Politik ist die Unfähigkeit, politische Positionen zu formulieren. Es werden häufig nur noch Standpunkte vertreten, die sich an Experten richten und Verlegenheitslösungen darstellen, die kleine Schritte mit lokalen Vereinbarungen verbinden. (Natürlich ist dies eine Entwicklung, die weit über Bulgarien hinausreicht: Auf gewisse Art und Weise ist die ganze Welt zur Provinz geworden, die von den Stürmen der Globalisierung gebeutelt wird.) Es werden zwar Debatten über den Prozentsatz der Mehrwertsteuer geführt oder darüber, bei welcher Justizbehörde Ermittlungsbefugnisse angesiedelt sein sollen, doch sie werden kaum öffentlich verfolgt. Die Politiker stellen ihre Truppen immer noch entlang von Demarkationslinien auf, an denen die Bürger schon längst ihr Interesse verloren haben. Die zutiefst ideologisch ausgerichtete Union Demokratischer Kräfte, die in den neunziger Jahren die Schlachten zur Abkehr vom Kommunismus angeführt hatte, lag zu Jahresbeginn 2006 in den Umfragen nur noch bei rund zwei Prozent.

Ausländische Beobachter staunen darüber, wie wenig sich die Bürger für ihre Rechte einsetzen. Die Hoffnungen der Menschen sind enttäuscht worden: Nach der revolutionären Leidenschaft der neunziger Jahre hat sich in der Wahrnehmung vieler alles nur verschlechtert. („Während wir auf den Plätzen skandierten, privatisierten andere die Wirtschaft.“) Heute ist es schwierig, Proteste zu organisieren. Die meisten Bürger Bulgariens äußern ihren Protest, indem sie sich entziehen: Wohl eineinhalb der sieben Millionen Bulgaren arbeiten über einen kurzen oder längeren Zeitraum außerhalb des Landes. Der Vorsitzende des Industrieverbandes, Bojidar Danev, warnte davor, dass es in einigen Wirtschaftsbereichen nicht mehr genug Arbeitskräfte gebe und dass das Land bald gezwungen sein werde, Arbeitskräfte aus dem Fernen Osten zu importieren. Anstatt ihre Forderungen zu äußern und für sie zu kämpfen, stimmen die Menschen mit den Füßen ab. In der engen Welt der Provinz scheint es schwer zu sein, eine abweichende Meinung zu vertreten und Konflikte auszutragen; es ist einfacher, diese Welt zu verlassen.

Die Berufspolitiker sind nicht eifriger als ihre Bürger, wenn es darum geht, eine differenzierte Position zu beziehen. Die „ideologischen“ Zusammenstöße der neunziger Jahre über die allgemeine Privatisierung, die NATO-Mitgliedschaft Bulgariens oder die Gesetzgebung der EU waren nichts weiter als ein Ausdruck des Tauziehens zwischen den neuen imperialen Zentren und der unentschlossenen Peripherie. Nachdem diese Ziele erreicht waren, senkte sich ein sonderbares Schweigen über die politische Szenerie. Tatsächlich sind die Jahre seit der Jahrtausendwende von einem antipolitischen Diskurs geprägt, der Themen wie Patriotismus, billigen Strom, Korruption oder Kriminalität, über die allgemeiner Konsens besteht, für sich nutzt. Eine Provinz ist von Natur aus unpolitisch. Die wirklichen Verlierer dieser Entwicklung waren Experten, öffentliche Redner, Menschen, deren Sprache mit jener schmerzlichen Zeit der Zersplitterung und des Umbruchs in den neunziger Jahren gleichgesetzt wird, die jeder gern vergessen möchte.

Natürlich gedeiht – unter dem Deckmantel der zunehmenden Indifferenz gegenüber der Politik – ein „schwarzer“ Parlamentarismus (Gramsci benutzt diese Formulierung wie „Schwarzmarkt“). Die Koalition der Sozialis-

ten mit Simeon II. und der türkischen Minderheitspartei 2005 wird häufig als letzter Beweis für den Niedergang und die Korruptheit der Politiker gewertet, der Aufstieg der Nationalen Union (ATAKA), eines Sammelbeckens für neofaschistische und nationalistische Kräfte, als dessen Ergebnis. Meiner Meinung nach vollzieht sich in Bulgarien jedoch eine andere Form der politischen Umverteilung, und das Land folgt darin dem Beispiel Polens. Derzeit entsteht ein pragmatischer, aber korrupter liberaler Pol, um den herum sich eine neue Rechte festigen und über Themen wie Moral, Bekämpfung der Korruption, Ablehnung der Privatisierung und natürlich den Nationalismus (die Balkan-Version einer fundamentalistischen Religion) profilieren kann. Die schmerzliche Trennung der Kommunistischen Partei von überzeugten Nationalisten hat bereits eingesetzt. Bezogen auf die Wirtschaft fühlt sie sich der Partei Simeons II. heute näher als denen, die beschwören, rechte Positionen in ihrer reinsten Form zu verkörpern. All dies jedoch wird niemals offen ausgesprochen. Aus Sicht der Beobachter streiten sich alle Gruppierungen über ihre eigenen Angelegenheiten – und das inmitten der allgemeinen Gleichgültigkeit der Bürger. Irgendwie werden sich die Dinge schon richten, auch ohne dass sie benannt werden, irgendwie werden die Direktiven der EU schon umgesetzt werden, ohne dass sie wirklich verstanden worden sind, irgendwie wird sich das Leben schon verbessern, langsam und ohne erkennbaren Grund.

Überrascht es da, dass Bulgarien praktisch unbekanntes Terrain ist? Niemand weiß etwas Genaues über das Land, und tatsächlich scheinen die nationalen Eliten lieber im Hintergrund bleiben zu wollen als zuviel Aufmerksamkeit zu erhalten. Hat man erst ein bestimmtes Image, wird man auch leicht zum Ziel eines möglichen Angriffs, wird man aufgefordert, Position zu beziehen und Entscheidungen zu treffen. Genau dies aber widerspricht dem Wesen der Provinz: Sie ist ein lauschiges Fleckchen Erde, an dem man sich geschützt fühlt und von wo aus man die große weite Welt im Fernseher betrachtet – so wie man früher auf der Bank im eigenen Vorgarten gesessen hat und den Vorübergehenden zugeschaut hat.

Ana Blandiana

Kann man Erinnerung lernen?

Es kann nicht seltsam anmuten, wenn eine Schriftstellerin von der Erinnerung fasziniert, ja sogar besessen ist. Schon im antiken Griechenland waren die Barden über Generationen hinweg Instrumente zur Übermittlung des kollektiven Gedächtnisses, das zugleich Dichtung und Geschichte geworden war, und in der Mythologie war die Erinnerung – griechisch Mnemosyne – die Mutter aller Musen.

Der Gedenkstätte *Memorial Sighet* möchte ich in meinem Leben den Stellenwert eines Buches geben, denn sie ist ein Handbuch der Erinnerung, eine Fibel, die uns das ABC der Erinnerung lehrt. Denn der größte Sieg des Kommunismus – ein Sieg, dessen Bedeutung auf dramatische Weise erst nach 1989 zu Tage trat – war die Schaffung eines Menschen ohne Gedächtnis, des neuen Menschen, des Menschen, der sich nach vollzogener Gehirnwäsche nicht mehr daran erinnern sollte, was er vor dem Kommunismus war, besaß oder machte. Das Gedächtnis ist eine Form von Wahrheit, und es musste zerstört werden, um die Wahrheit zerstören oder manipulieren zu können. Die Zerstörung des Gedächtnisses – ein Verbrechen auch an der Natur und an der Geschichte – war das Hauptwerk des Kommunismus.¹

Die Schaffung des *Memorial Sighet* war kein Selbstzweck, sondern ein Mittel. Wir haben uns nicht vorgenommen, ein museografisches Meisterwerk zu errichten, indem

Ana Blandiana

Schriftstellerin; Ehrenpräsidentin des rumänischen PEN; Initiatorin (gemeinsam mit Romulus Rusan) des Memorial Sighet, Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus und des Widerstandes; Präsidentin der Stiftung Bürgerakademie. Memorialul Victimelor Comunismului si al Rezistentei Sighet, Fundatia Academia Civica, Piata Amzei nr. 13, CP 22 – 216, 77500 Bukarest/Rumänien. www.memorialsighet.ro acivica@memorialsighet.ro

Übersetzung aus dem Französischen: Doris Tempfer-Naar, Mödling/Österreich.

die Verbrechen der jüngsten Geschichte in wissenschaftlicher und künstlerischer Form auf Regalen arrangiert werden, damit sich der Staub der Gleichgültigkeit unserer Zeit beeilen kann, sich darauf niederzulassen. Was wir uns zum Ziel gesetzt und wonach wir verzweifelt gesucht haben, war eine Möglichkeit, die kollektive Erinnerung wieder auferstehen zu lassen, ein Instrument, um ihre Bedeutung wiederherzustellen für eine Generation, die man einer Gehirnwäsche unterzogen hatte, die nicht mehr wusste, woher sie gekommen war oder wohin sie ging, eine Generation, die nicht fähig war, den nachfolgenden Generationen das weiterzugeben, was sie weiterzugeben hatte.

Die Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus und des Widerstandes besteht aus zwei einander ergänzenden Teilen: dem Museum und dem Internationalen Zentrum für Studien über den Kommunismus, das dem Museum vorsteht und die Veranstaltungen organisiert, seien es Diskussionen, Kolloquien, Konferenzen und, allen voran, die Sommerschule, seien es Forschungsprojekte, die in der Verlagsabteilung, der Abteilung für Oral History und dem Archiv entwickelt werden.

Memorial Sighet wurde in Sighetul Marmatiei errichtet, einer kleinen Stadt im äußersten Norden Rumäniens nahe der ukrainischen Grenze, auf den Ruinen eines ehemaligen politischen Gefängnisses. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Gefängnis eine Zeit lang von den Sowjets verwaltet, bevor es als „Durchgangslager“ für von den rumänischen Geheimdiensten untersuchte Jugendliche genutzt wurde. Von 1950 bis 1955 waren dort über 200 Würdenträger, Akademiker und Prälaten inhaftiert (die meisten von ihnen ohne Urteilsspruch), gut versteckt, zwei Kilometer von der sowjetischen Grenze entfernt, damit sie nicht etwa infolge einer Revolte hätten befreit werden können. Um die Anwesenheit so vieler Menschen ohne rechtskräftige Verurteilung zu rechtfertigen, galt das Hochsicherheitsgefängnis von Sighet offiziell als „Arbeitskolonie“. Während der fünf Jahre starben 53 von 200 Gefangenen, als Opfer eines langsamen Vernichtungsprogramms (die Gefangenen waren fortgeschrittenen Alters, der älteste war 91 Jahre alt).

Warum haben wir das *Memorial* in Sighet eingerichtet, gab es doch andere, viel größere,

bekanntere und vielleicht sogar schrecklichere Gefängnisse? Die Antwort ist einfach: Weil Sighet der Beginn war. Weil Sighet der Ort ist, wo, mit fast theoretischer Klarheit, die Prozesse und Etappen der Repression offen in die Praxis umgesetzt wurden, die, um wirklich effizient zu sein, allen voran die Eliten vernichten musste. Sighetul Marmatiei war der Ort, an dem die Ausrottung der politischen, kulturellen, religiösen, aber auch der sozialen, beruflichen und moralischen Eliten ihren Ausgang nahm. In Sighet köpfte man, prophylaktisch, die Spitzen der Gesellschaft, in welchem Bereich auch immer, und versuchte jegliche Möglichkeit, die Zivilgesellschaft wieder aufzubauen, zu eliminieren.

Dieselbe Stadt, Sighetul Marmatiei, hatte zehn Jahre zuvor bereits Schreckliches durchgemacht: Im April 1944 wurden von den deutsch-ungarischen Behörden (infolge des Diktats von Wien, dem so genannten Wiener Schiedsspruch, war der Norden Siebenbürgens 1940 von Ungarn besetzt worden) Juden in die Konzentrations- und Vernichtungslager Buchenwald und Auschwitz deportiert. Heute gibt es dort eine Gedenkstätte für den Nobelpreisträger und Holocaustüberlebenden Elie Wiesel, der 1928 in Sighet geboren wurde. Sighet war auch der Ort, an dem später die Deportierten aus der UdSSR, völlig erschöpft, wieder in Rumänien angesiedelt wurden. Die Stadt hat viele Tragödien erlebt und kann uns zeigen, welche Dimensionen die Repressionen des Totalitarismus erreichen können, sei er braun oder rot. Darüber hinaus ist das Gefängnis von Sighet – wie jedes ehemals kommunistische Gefängnis – ein Symbol für die Verletzung des Rechtes auf Leben, Freiheit und Eigentum sowie auf die freie Ausübung aller anderen Rechte durch eine politische Minderheit, die Nomenklatura.

Im Jahre 1993 legten wir dem Europarat unser Projekt vor, das zum Ziel hatte, aus dem ehemaligen Gefängnis eine internationale Institution des Gedenkens an die kommunistische Unterdrückung zu machen. Der Europarat stellte das Vorhaben unter seine Schirmherrschaft. Das Gebäude wurde uns von der Stadt Sighet zur Verfügung gestellt. Am Anfang kamen die Geldmittel von privaten Spendern, aus dem Exil. Wir fanden im Laufe der Zeit Institutionen, die uns unterstützen, in den USA, in Deutschland, in Frankreich („Association pour le Mémorial Sighet“ unter der

Leitung von Maria Bratianu); auch wurde in den ersten Jahren die Mitarbeit ausländischer Historiker vom Europarat finanziert. In der Folge wurden wir auch vom National Security Archive (George Washington University, Washington, D.C.) sowie von der Konrad-Adenauer-, der Hanns-Seidel- und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützt. 1997 erklärte das rumänische Parlament das Memorial zu einer „Stätte von nationalem Interesse“ und gewährte uns eine jährliche Zahlung von umgerechnet 60 000 US-Dollar, doch bleibt die permanente Finanzierung ein dorniger Weg. Gleichzeitig haben unsere Geldgeber niemals Bedingungen gestellt, wie das Museum zu verwalten wäre oder wie zu arbeiten sei. Die Restaurierung des Gebäudes, die Umwandlung des Friedhofes in eine Erinnerungslandschaft, der Bau eines Raumes, der zur Besinnung einlädt, und der Erwerb einer Reihe von Kunstwerken (die Statuengruppe „Der Konvoi der Geopferten“ ist zum Markenzeichen des Memorials geworden) stellten die äußeren Phasen des historischen Projektes dar.

Der mühsamste Teil bestand in der Entwicklung einer wissenschaftlichen Methode, die Gefängniszellen in Museumssäle umzuwandeln. Die Ruine enthielt nur eine Inschrift und ein paar Gedenktafeln, die von der Gemeinde angebracht worden waren – und die noch dazu fehlerhaft waren. Wir beschlossen, neu zu beginnen. Aus den 60 Zellen sind bis heute 52 Räume entstanden, in denen chronologisch und thematisch die 45 Jahre des Kommunismus in Rumänien behandelt werden, zum Beispiel „Die Geschichte der osteuropäischen Länder“, „Die Fälschung der Wahlen 1946“, „1948 – das Jahr der Sowjetisierung“, „Die Schaffung und Tätigkeit der Securitate“, „Die Auslöschung der Akademie“, „Die Deportationen“, „Zwangsarbeit“ und „Die Zerstörungen“.

Für diese Vorhaben benötigten wir eine große Datenbank, die wir seit 1993 verwirklichen konnten. Unsere Forschungsarbeiten oblagen unserem „Zentrum für Studien über den Kommunismus“; dessen wissenschaftliches Team bestand aus Thomas S. Blanton, Vladimir Bukovski, Stéphane Courtois, Dennis Deletant, Helmut Müller-Enbergs und den rumänischen Historikern (und ehemaligen politischen Gefangenen) Serban Papacostea und Alexandru Zub, beide Mitglieder der Rumänischen Akademie. Zum Thema Oral History

haben wir fast 3 000 Stunden Tonbandmaterial gesammelt (von dem ein Teil dem Hoover Institut von Stanford, Kalifornien, überlassen wurde). Wir haben in Sighet bisher zehn Symposien organisiert, in denen die Jahre des Kommunismus „horizontal“ untersucht wurden; die Sammlung „Annalen von Sighet“ umfasst auf rund 7 000 Seiten die Texte, sowohl wissenschaftliche Studien als auch unmittelbare Zeugenberichte. Tausende schriftliche Dokumente haben wir in einer weiteren Sammlung, „Dokumente“, veröffentlicht. Die Sammlung „Bibliothek Sighet“ enthält tausende Seiten an Studien und Memoiren. In Seminaren haben wir zu verschiedenen, der Chronologie der Ereignisse entnommenen Themen die „Vertikale“ aufgestellt. Ein Projekt, das noch im Gange ist, widmet sich einer Bestandsaufnahme der Inhaftierten zwischen 1945 und 1989 auf statistischen und soziologischen Grundlagen, ausgehend von den 93 000 Haftzetteln, die derzeit im Archiv aufbewahrt sind. Die Bestände sind auch elektronisch erfasst, es gibt CDs mit den Aufnahmen der mündlichen geschichtlichen Zeugnisse. Die Besucher können die Dokumente lesen, die Bilder sehen, die Zeugenberichte anhören und sich ein Bild von den Funktionsmechanismen des Klassenhasses und der Unterdrückung der elementaren Menschenrechte machen – vom Hass als Triebkraft der Geschichte.

Hass und Fanatismus existieren auch, nachdem die institutionellen Formen verschwunden sind, in denen sie gewuchert haben. Denn der Kommunismus ist zwar als politisches System untergegangen, nicht aber als Methode und Geisteshaltung, und seine Analyse ist ein nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft nützlicher Prozess. Man denke nur daran, dass Mitglieder von internationalen terroristischen Organisationen in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren in Lagern der Ostblockländer ausgebildet wurden und dass sie tschechische und sowjetische Waffen verwendeten. Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen Methoden kann auch als intelligentes Mittel zum Verständnis und zur Lösung vieler aktueller Probleme verstanden werden.

In diesem Sinne hat unser Projekt in den vergangenen acht Jahren mit der Sommerschule (unter dem Rektor Stéphane Courtois) eine Öffnung zur Zukunft vollzogen, indem die Forschung und die Darstellung der Wahr-

heit durch neue Wege der Übermittlung an die kommenden Generationen ergänzt wurden. Somit stellt das *Memorial Sighet* einen Ort und einen Weg dar, an dem Jugendliche, denen die düsteren Schatten einer gefälschten Vergangenheit nichts mehr anhaben können, heute erfahren, was ihnen ihre Eltern nicht zu erzählen wussten: was sie sind als Resultat der historischen Entwicklung und was sie werden können als Geschöpfe ihrer selbst. Mit der Sommerschule wird das Museum lebendig, eine Institution der Erinnerung in einer organischen Bewegung, die von der einen zur anderen Lebensgeschichte schwingt und Wahrheiten beleuchtet, ohne die es keine Weiterentwicklung gäbe. So wie die vertrockneten und verwelkten Pflanzen zu Humus werden, der neue Pflanzen nur in dem Maße nährt, in dem deren Keime den Nährboden erreichen, so erhalten in Sighet die Leiden der Eltern einen Sinn und können der Rohstoff für intellektuelles und moralisches Wachstum werden, indem sie in andere Leben Wahrheiten säen, für die Menschen ihr Leben gelassen haben. Mit der Sommerschule verlässt das Memorial als Gedenkstätte für die Opfer des Kommunismus die Mauern des Gefängnisses und erreicht die Köpfe von jungen Menschen, die bereit und offen sind, die Geschichte zu verstehen, um sich selbst zu verstehen. Und wenn die Medien der Konsumgesellschaft, die eine größere Wirkung haben können als der Terror, nicht aufs Neue Gehirnwäsche betreiben, besteht die Chance, dass dieses Museum, errichtet über einem Brennpunkt geistiger Energien, auch in der nächsten Generation weiterlebt.

Das Museum ist täglich für Besucher geöffnet, und es findet außergewöhnlich großen Anklang. Vor allem im Sommer und im Winter werden bis zu 700 Eintrittskarten pro Tag verkauft. 40 Prozent aller Besucher sind Jugendliche; ebenfalls 40 Prozent stammen aus dem Ausland. Im Allgemeinen gilt: Alle kommen aus Neugierde (vielleicht, weil sie es originell finden, ein Gefängnis von innen zu sehen), und viele verlassen das Museum mit Tränen in den Augen, entsetzt über die nackten Wahrheiten, die sie beim Durchschreiten der Räume entdecken mussten. Die Leistung des Museums misst sich an der Zahl der Besucher und an den Spuren, die sie in den Gästebüchern hinterlassen. Dort dominiert das Gefühl, dass man durch die dargebotenen Informationen Denkanstöße bekommen hat. Wir

wollten eine sensationslüsterne Darstellung der Geschichte vermeiden (das wäre der leichtere Weg gewesen!) und durch den Ernst des Dokumentes, der Fotografie, der Statistik, des Zeugnisses überzeugen (manchmal sogar bewegen) und über Kunstwerke – auf eine nuanciertere Art, als dies wissenschaftliche Daten tun können – das Leid vermitteln, das der Rohstoff unserer Forschung ist.

Eine tschechische Delegation unter der Leitung von Petruska Sustrova, ehemalige Sprecherin der „Charta 77“, schlug vor, dass das Memorial jedem osteuropäischen Land einen eigenen Ausstellungsraum widmen sollte. Das haben wir umgesetzt: Derzeit gibt es einen Raum „Solidarnosc“ sowie einen, der sich mit dem „Prager Frühling“ und der Invasion der Tschechoslowakei 1968 beschäftigt, und es wird in Zusammenarbeit mit dem Budapester Institut der Revolution 1956 an einem weiteren Raum gearbeitet, der noch in diesem Jahr eröffnet werden soll. Zwei weitere Räume werden der Revolte von 1953 in der DDR und dem Bau der Berliner Mauer (in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerkstatt Jena e.V. unter Direktor Manfred Wagner) gewidmet sein sowie den bedeutenden sowjetischen Dissidenten der siebziger Jahre. Zudem hat das *Memorial* Ausstellungen aus Moldawien, Polen und der Tschechischen Republik beherbergt. Eine Wanderausstellung hat in bisher zehn deutschen Städten Station gemacht. Außerdem wird im Juli 2006 eine Wanderausstellung über den Kalten Krieg eröffnet und im Jahre 2007 durch Ungarn, Polen, Deutschland und die Tschechische Republik ziehen.

Der hohe Anteil von Jugendlichen unter den Museumsbesuchern, die Exkursionen von Schülergruppen und von Studierenden der Geschichtsfakultäten Rumäniens oder Deutschlands, die ihre Kurse oder Praktika im Museum abhalten sowie die immer zahlreicheren Diplomarbeiten, die über das *Memorial* verfasst werden, machen es zu einer echten Lehrinstitution. Ideal wäre es, wenn die Sommerschule auch von jungen Bürgern aus anderen Ländern als Rumänien und Moldawien besucht werden würde. Damit könnte ein Schritt in Richtung einer Annäherung der beiden Europas vollzogen werden, die, um wirklich eins zu werden, einander kennen lernen und nicht nur ihre Ökonomien, sondern auch ihre Obsessionen in Einklang bringen sollten.

Museum und zugleich Institut der Forschung und der Lehre – durch die Verflechtung dieser drei Charakteristika eine einzigartige Institution, ist das *Memorial Sighet* keine staatliche Institution, sondern eine Schöpfung der Zivilgesellschaft Rumäniens und der Beleg dafür, dass diese Zivilgesellschaft erfolgreich wiedergeboren wurde. Im Namen dieser Zivilgesellschaft, die auf perfide Weise zerstört wurde und die große Mühe hat, sich neu zu formieren, ist das *Memorial Sighet* kein Plädoyer für oder gegen eine bestimmte politische Couleur, sondern für die Notwendigkeit von Wahrheit und für den Respekt für den Menschen, den jeder Einzelne genießen sollte. Keine Ideologie kann ein Verbrechen legitimieren, und bei einem politischen Verbrechen geht es nicht um das Verhältnis zwischen der Rechten und der Linken, sondern um das zwischen dem Opfer und seinem Henker. Die Zerstörung der Erinnerung – ein Verbrechen gegen die Natur und ein Verbrechen gegen die Geschichte – hatte sich der Kommunismus auf die Fahnen geschrieben. Denn im Unterschied zu allen weiteren Diktaturen und all den anderen Schrecken der Menschheitsgeschichte forderte der Kommunismus von seinen Untergebenen nicht nur, sich zu unterwerfen, er verlangte von ihnen auch, glücklich zu sein, weil sie sich unterworfen hatten. Dieser Erniedrigung und Verirrung konnte nur die Erinnerung Einhalt gebieten, denn sie ist das Rückgrat jeder Gesellschaft. Wenn sie zerstört wird – und der Kommunismus hat das beinahe geschafft –, wird die Gesellschaft zu einer Art Monster ohne Rückgrat, ohne inneren Zusammenhalt, formbar nach den (kriminellen) Vorstellungen jedes X-Beliebigen.

Das *Memorial Sighet* ist ein Symbol für die Bedeutung und die Notwendigkeit der Erinnerung für die Existenz der Zivilgesellschaft. Ohne sie wird das Volk zur Masse und die Geschichte zu einer unglaublichen Erzählung von der Entstellung des kollektiven Geistes. Die Antwort auf die im Titel gestellte Frage ist daher ein entschiedenes Ja – nicht nur des Optimismus wegen, sondern auch, weil es der einzig mögliche Weg ist, uns vor der Vergangenheit zu retten.

Thomas Frahm

Savoir vivre auf Bulgarisch

Bevor Dimitré Dinev mit seinem Roman „Engelszungen“, dem sprachlich strahlendsten, inhaltlich wichtigsten und literarisch schönsten Buch, das man derzeit über Bulgarien lesen kann, berühmt wurde, war er für die Bürger seiner österreichischen Wahlheimat nur ein „Tschusche“. So nennen die Wiener jene Menschen, die „von irgendwo da unten“ kommen, vom Balkan. In den südslawischen Sprachen meint *tšuschd* zwar ganz neutral „fremd“ oder „ausländisch“; doch da so ein „Tschusche“ seine südosteuropäische Heimat vor allem seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in der Regel aus existenzieller Not verlässt, ist er bei seiner Ankunft in „Europa“ ein Habenichtes.

Und wenn er selbst schon mittellos ist, kann es – so der naive Kurzschluss – mit dem natürlichen oder kulturellen Reichtum seines Heimatlandes nicht weit her sein. So eine Ignoranz „rassistisch“ oder „diskriminierend“ zu nennen, nur weil man sich näher mit den Balkanländern und seinen Menschen befasst hat, wäre böswillig; es handelt sich vermutlich ebenso schlicht wie unschön um jene allzumenschliche Distanzierung derer, denen es besser geht, von jenen, denen es schlechter geht.

Man hört auch in Deutschland in den Nachrichten „von da unten“ meist nur Unerfreuliches wie Erdbeben, ethnische Bürgerkriege oder Schießereien unter Mafiabanden. Der Balkan – das ist entweder ein Pulverfass oder ein Fass ohne Boden, auf alle Fälle ein Raum an der Peripherie Europas, der wirtschaftlich oder politisch nicht wichtig genug ist, als dass wir Genaueres über ihn wissen müssten, obwohl Bulgarien und Rumänien aller Voraussicht nach Anfang 2007 der Europäischen Union (EU) beitreten werden.

Thomas Frahm

Geb. 1961; freier Autor, Übersetzer, Bulgarien-Journalist und Publizist; lebt in Sofia/Bulgarien.
tfrahm@abv.bg

Über diese Ignoranz weiß Dinev eine erhellende Anekdote zu erzählen. Sie stammt aus jenen Jahren in Österreich, in denen er um die Aufenthaltsgenehmigung, um Arbeit, um einen Studienplatz, um seine Zukunft als Schriftsteller bangen musste. Er lebte seit seiner Flucht aus Bulgarien 1990 vorwiegend auf der Straße, um keine jener überlebenswichtigen Informationen zu verpassen, die unter den Ausländern zweiter und dritter Klasse kursierten. Natürlich wurde jeder von jedem gefragt, wo er herkomme, schon allein deshalb, weil die Herkunft entscheidende Bedeutung für den Kurswert hatte, den er auf dem halblegalen oder illegalen Arbeitsmarkt besaß. Einmal, als Dinev von einem österreichischen Obdachlosen gefragt wurde, aus welchem Land er stamme, machte er ein Ratespiel daraus: „Ich werde dir sagen, woran mein Heimatland grenzt, und du sagst mir dann, wie es heißt: Im Norden, an der Grenze zu Rumänien, fließt die Donau; im Osten liegt das Schwarze Meer; im Süden befinden sich Griechenland und der europäische Zipfel der Türkei; und im Osten die ehemals jugoslawischen Republiken Mazedonien und Serbien.“ Der Mann überlegte. Schließlich blickte er Dinev verwirrt an und stieß ratlos hervor: „Aber . . . da ist doch nichts!“

Bei der Erinnerung an diese Begebenheit bricht Dinev heute in schallendes Gelächter aus. Wie viel *dort* – schon allein in menschlicher Hinsicht – *ist*, davon hat er Zeugnis abgelegt in einem Buch, das auf 400 Seiten angelegt war und am Ende auf fast 600 kam, und das lag am überbordenden Reichtum der Geschichten um die beiden Protagonisten Iskren und Svetlju (der „Funke“ und der „Leuchtende“). Es ist zwar richtig, dass es den Menschen in Bulgarien – und keineswegs nur den Zigeunern vom Volk der Roma – so schlecht geht, dass mehr als ein Drittel einer sozialstatistischen Umfrage der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften aus dem Jahr 2005 zufolge angegeben haben, dass ihr Ziel für die nächsten Jahre „einfach nur Überleben“ heiße. Doch auf die Frage, was wir von der bulgarischen Lebenskultur lernen könnten, weiß Dinevs österreichische Lebensgefährtin, die mit uns in einer rustikalen Sofioter Gaststätte sitzt und keineswegs blind ist für die Not im Lande, eine schöne Antwort: „Mir machen der Optimismus und die Lebenszuversicht der Menschen hier, die sie trotz aller Probleme haben, unglaublichen Eindruck!“

Warum halte ich es nun schon so viele Jahre in einem Land aus, in dem die pure Beobachtung der Lebensmühen vieler Menschen ausreichen könnte, um in Depressionen zu verfallen? Bulgarien ist eine Kur für deutschen Kulturpessimismus, ein Sanatorium für jene überstrapazierte Seele, die sich am individualistischen Leerlauf zu sich selbst erschöpft hat. Meine ersten Versuche, dem bulgarischen Alltagsleben näher zu kommen, befassten sich mit jenem spezifischen *Savoir vivre*, das der westlichen Sehnsucht nach Authentizität und Lebendigkeit Nahrung gibt. Und so sehr ich inzwischen weiß, wie viele Projektionen Westeuropäern den Zugang zu einem Verständnis des Lebens auf dem Balkan verstellen: Der Zusammenhang zwischen archaischer Lebendigkeit und der Weigerung, unter dem Druck des Forderungskatalogs von Seiten der EU-Kommission jene rationalistisch-stromlinienförmige Denk- und Lebensweise anzunehmen, unter der wir bisweilen so sehr stöhnen, scheint mir nichts von seiner Gültigkeit eingebüßt zu haben. Wer es zynisch findet, „aufzuleben“ unter Verhältnissen, wie sie allen Maßstäben jener „europäischen Wertegemeinschaft“ widerspricht, die Frieden und Freiheit sagt und oft nur Wohlstand und Konsum meint, verfällt dem einseitigen Bild, das von Journalisten präsentiert wird, die mangels Sprachkenntnissen mit Übersetzer durchs Land reisen und eine „Betroffenheitsreportage“ abliefern, die zwar nicht falsch ist, aber in jenem umfassenderen Sinn, den das Wirkliche hier noch besitzt, von einer anderen Armut zeugt: der Armut einer Objektivität des Augensehns.

Was wir in solchen Reportagen erfahren, sind Geschichten von zerfallenden Wohnblocks, korrupten Politikern und mafiotischen Banden, die in neuen Nobelkarossen und Landrovern durch die Straßen jagen, ferner Elendsgeschichten von Bettlern, die auf dem Witoscha-Boulevard, Sofias Hauptgeschäftsstraße, vor den edlen Auslagen sitzen und dank der guten Ausleuchtung durch die südliche Sonne hervorragend zu fotografieren sind. Die Bettler haben ihre festen Plätze. Der Blinde spielt den Kaval, eine Art Klarinette, die statt eines Mundstücks nur ein Loch hat, das ähnlich geblasen werden muss wie eine Querflöte. Vor dem Seiteneingang des ehemals staatlichen Kaufhauses ZUM, des Zentralen Universalen Magazins, sitzt der Junge mit dem verdrehten Fuß und dem stei-

fen Kniegelenk im kaputten Rollstuhl. Und etwas weiter die zeitgenössische Pietà, eine Zigeunerin mit Kleinkind, die jedem Passanten, der nicht ganz streng dreinblickt, hinterher ruft: „*Dajte, Gospodine, njakakva Stotinka mi dajte, Bog da vi pazi* – Eine milde Gabe, der Herr, ein paar Stotinki, bitte, Gott möge Sie schützen!“

Aber was ist mit dieser anständig gekleideten Passantin mit dem verhärteten Gesicht, die man auf zehn Jahre älter schätzen würde, als sie tatsächlich ist: Fragt sie sich gerade, ob sie noch genügend Geld hat, um ihrem Kind morgen eine Scheibe Wurst aufs Schulbrot zu legen? Hoffentlich hat Bojko von Stojan die 100 Lewa geliehen bekommen für die Heizkostenrechnung. Das Telefon ist bereits abgestellt. Die große Tochter, die mit Beziehungen und Bestnoten auf dem Deutschen Gymnasium den Sprung an eine deutsche Universität geschafft hat, war krank. Da hat man sich ein paar Auslandsgespräche geleistet. Schon war die Rechnung, die sich sonst um die 15 Lewa (bei zehn Lewa Grundgebühr) bewegt, auf 115 Lewa geschnellt. Wo sollten die herkommen? Zumal Bojko, wie leider viele bulgarische Männer, irgendwann genug davon hatte, zu Hause immer nur Klagen zu hören. Jetzt kommt er von der Arbeit in der Reparaturwerkstatt oft nicht mehr nach Hause. Sitzt da mit „Kollegen“ in dieser schäbigen Kneipe, raucht zwei Schachteln „Victory“ zu 2,60 Lewa (umgerechnet etwa 1,35 Euro) am Tag. Schüttet Bier und Schnaps in sich hinein. Bis er die nötige Bettschwere und kein Geld mehr hat.

Das Auto, mit dem sie noch im vergangenen Herbst aufs Dorf zu Oma und Opa gefahren sind, um den Kofferraum mit *burkani*, Einweckgläsern mit Tomaten, Gurken, gebackenem Paprika, Marmeladen, hausgemachtem Wein und Schnaps, Paprikapaste und großen Köpfen Weißkohl (den man zu Hause in großen Fässern ansäuern wird) zu beladen, steht ohne Benzin vor der Haustür. Gelegentlich meldet es sich via Alarmanlage, wenn ein Passant zu nah daran vorbeigeht, mit markerschütterndem Gejaul. Wie ein geschlagener Hund. Einer von den Tausenden, die herrenlos durch Bulgariens Städte laufen und nachts in die Müllcontainer springen, um sich dort Brotreste und andere Essensrückstände herauszuholen. Tagsüber gehören diese Container den Rentnern und den Zigeu-

nern. Die Rentner schlurfen in Mänteln herbei, die sichtlich länger als 20 Jahre ihren Dienst tun, und ziehen das Altpapier heraus. Sie setzen sich mit ihren stinkenden Bündeln und ihren preiswerten Monatskarten in den Bus, fahren zur nächsten Papiersammelstelle und bekommen dort für ein Kilo Altpapier fünf Stotinki, das sind etwa 2,5 Euro-Cent. Das sind schon Summen, wenn man mit einer Rente von 60 bis 100 Lewa auskommen muss. Bei sparsamer Haushaltung reicht die für einen Becher Joghurt und ein halbes Brot täglich. Einige tun es den Hunden gleich: Sie schauen sich kurz um, ob keiner hinsieht, dann fischen sie sich den Rest einer Teigta-sche doch noch heraus und verschlingen ihn.

Die Zigeuner – wie viele gibt es in Bulgarien, 500 000? 700 000? –, von denen nach Schätzungen 80 Prozent arbeitslos sind, sind gründlicher. Sie fahren mit ihren hölzernen Wagen mit dem eingeschrirrtten Maulesel oder dem Klappergaul vor, suchen neben Papier und Pappe nach Altglas, Holz, Metallstücken und Rohren, Kleidung und Haushaltsgegenständen und kutschieren ihr Gefährt durch den brausenden Innenstadtverkehr wie ein UFO aus der Vergangenheit zurück zu einem der *ziganski machali*, der Barackenviertel, in denen sie völlig segregiert ihr Dasein fristen. Die EU, die Bulgarien zur Auflage gemacht hat, seine Minderheiten zu integrieren, bevor es aufgenommen werden kann, weiß nicht, wie das mit Menschen vor sich gehen soll, die in einer völlig anderen Werte- und Wirtschaftswelt leben als die „bürgerlichen“ Bulgaren und die darin ebenso konservativ verharren wollen wie jene in ihrer. Territoriales Denken, das mit dem Betreten eines Stückes Erde bürgerliche Pflichten und Rechte mit sich bringt, ist ihnen, die in der festen sozialen Hierarchie ihrer Clans und Großfamilien leben, fremd. Da ist es nicht damit getan, sie „Sinti und Roma“ statt Zigeuner zu nennen; da werden bloß pejorative durch ethnische Stigmatisierungen vertauscht.

Kehren wir zur „normalen“ Frau zurück, die ihre Armut nicht zeigt. Es würde ihren Stolz verletzen, als studierte Geologin, die jetzt in einem Souterrain als Friseurin arbeitet, zu den Armen gezählt zu werden: Eine Familie mit zwei Kindern benötigt etwa 800 Lewa monatlich, das sind mehr als 400 Euro – und das, obwohl viele Familien noch Wohneigentum haben aus Todor Shvirkovs

Zeiten. Das Durchschnittseinkommen von derzeit 340 Lewa gibt aufgrund einer kleinen, gut verdienenden Schicht nicht die tatsächlichen Einkommensverhältnisse wieder. Eine Verkäuferin etwa darf mit 120 bis 300 Lewa im Monat rechnen. Der Taxifahrer, der mich vorsichtig fragt, was ich von Bulgarien halte und den ich dann – fast schon so misstrauisch wie er – zurückfrage, welches Bulgarien er meine, bringt es auf maximal 500 Lewa. Dafür fährt er 16, 18 Stunden am Tag. Zu Hause sitzen drei Kinder, und seine Frau bekommt keine Arbeit.

In den zahllosen Cafés, Restaurants und Lädchen mit Süßwaren, Limonaden und Zigaretten bedienen vorwiegend junge Frauen bis zum 25. Lebensjahr und mit möglichst ansprechendem Äußeren. Von einem eigenen Leben in einer eigenen Wohnung können sie nur träumen. Sie wohnen in der Regel in der Zwei- bis Dreizimmerwohnung ihrer Eltern auf durchschnittlich 50 bis 80 Quadratmetern. Geheiratet wird, wenn die Eltern der Brautleute den *mladosbenzi* eine Wohnung zusammengespart haben. Und weil das immer seltener klappt, bleiben immer mehr junge Leute ledig. Die durchschnittliche statistische Kinderzahl liegt bei knapp über der Ziffer 1, etwa die Hälfte von ihnen kommt unehelich zur Welt, da eine Ehe kaum mehr soziale Sicherung bedeutet. In einem Land, dessen Denkstrukturen aus der Vergangenheit auch in der Hauptstadt noch ausgesprochen wirksam sind, ist das eine Schmach. Die Frage nach dem Nachwuchs hat elementare Dimensionen angenommen. Von den neun Millionen Einwohnern Mitte der achtziger Jahre sind 7,8 Millionen übrig geblieben. Die eine Hälfte dieser guten Million ist emigriert, die andere Hälfte ist gestorben, auch verhungert, erfroren – meist Rentner.

Diese Lage wird von den Bulgaren umso tragischer empfunden, als im orthodoxen Kulturraum die Familie mit Kindern noch immer an oberster Stelle der Werteskala steht. Gott, das Brot und die Familie – das ist die Heilige Trinität. Trotz der Warenflut aus dem Westen und 50 Kabelprogrammen, die die weite Welt auf Bildschirmformat bringen – klein genug für das kleine Bulgarien –, sind die festesten Bande nach wie vor die Familien. Dazu zählen auch *kum* und *kuma*, Trauzeuge und Trauzeugin. Diese sind nicht notwendige Übel beim Verwaltungsakt „Standesamtliche Trauung“,

sondern Vertrauenspersonen, die bei familiären Problemen eher noch als die Eltern zu Rate gezogen werden. Eine Bekannte erzählte mir, dass neulich eine Frau unangemeldet bei ihr aufgetaucht sei. Sie war schon auf dem Weg zum Flughafen, um in die USA zu fliegen, wo ihr Mann arbeitete. Sie hatte den Verdacht, dass er dort fremdgehe, aber sie habe nicht fliegen wollen, ohne sich vorher noch mit ihrer *kuma*, der Mutter meiner Bekannten, beraten zu haben.

Ohne die Frauen geht nichts. Ich habe als freischaffender Ausländer verblüfft festgestellt, dass vier der fünf tragfähigen Freundschaften, auf die ich mich im Falle einer Notlage wohl verlassen könnte, Freundschaften zu Frauen sind. Im Unterschied zu den meisten Männern, die mich ziemlich rasch und unverblümt um kleine oder größere Gefälligkeiten bitten, geht es den Frauen um eine verlässliche und kommunikativ interessante Beziehung, die sich gern auf den Bereich gegenseitiger Hilfeleistung ausdehnen darf. Und da sie diejenigen sind, die die täglichen Probleme in der Familie zu lösen haben, unterscheiden sie sehr genau, ob das Problem wirklich existenziell ist oder nicht. Wenn ja, und wenn ihnen der Kontakt Freude bereitet, setzen sie alle Hebel in Bewegung, um zu helfen. Nicht, dass die Männer hinter einer Machofassade schlechte Kerle wären. Sie bitten dich auch nicht nur deshalb um eine Gefälligkeit, weil du aus Deutschland kommst. Nein, das Wedeln mit „Verbindungen“, die sie spielen lassen könnten, gehört zu ihrem Mannsein. Du kommst aus Deutschland? Dann könntest du doch mal, wenn du das nächste Mal hinfährst, beim örtlichen Fiat-Händler nach einer Kurbelwelle für meinen 1978-er fragen. Oder gleich nach einem guten „Gebrauchten“. Wenn du gesagt hättest, du fährst morgen nach Varna, hätte er dich um etwas gefragt, was man halt dort und nur dort bekommt.

Armut überall, und dann jeder ein Handy, auch die Frauen? Das Mobiltelefon spart die Büromiete. „Handy“ kommt in Bulgarien nicht von „handlich“, sondern von „handeln“: Es ersetzt den Terminkalender. In so einem *skapana darschawa* („verfaulten Staat“, liebevolle Erinnerung an den faulenden Kommunismus) sind Terminkalender Papierverschwendung. Sich darüber zu ärgern, dass etwas, was vor länger als einer Stunde vereinbart wurde, nicht funktioniert, ist bei der

Fülle der möglichen unvorhersehbaren Ereignisse sinnlos. Im Leben, auf der Straße, im Bus, in der klapprigen Straßenbahn, im Taxi, auf dem Markt, im Café, im Hauseingang musst du flexibel sein: Jede noch so winzige Gelegenheit, an etwas Fehlendes heranzukommen, ist eine günstige.

Was braucht der Mann neben einem Handy sonst: ein Auto, eine Lederjacke, eine Reservepackung Zigaretten (besser „Marlboro“ oder „Davidoff“ als „Bulgartabak“). Darüber – nicht über Familiäres – spricht man beim Backgammon in der Eckkneipe. Wo man „anschreiben“ lassen darf. Wo man aber, wenn man „hat“, auch großzügig sein muss: Großzügigkeit ist die netteste Art, die Größe des eigenen Territoriums zu zeigen. Und dass es der Frau zu Hause an etwas mangelt, lässt man sich nicht nachsagen. Wenn es irgendwie geht, kriegt sie das traumhafte Wohnzimmer, das sie sich auf dem Sonntagsspaziergang angeschaut haben. Wenn es irgendwie geht, wird die Villa im Gebirge demnächst mit Paneelen verkleidet, „und dann kommt ihr alle zu Gast“, und der Tisch wird sich – bulgarische Gastgeberlehre – biegen unter der Last der Speisen und Getränke, die alle auf einmal aufgetragen werden, damit keiner der Gäste in die peinliche Verlegenheit kommt, nach etwas fragen zu müssen. Doch seit etwa sieben, acht Jahren hat „Mann“ nicht mehr, er muss immer vertracktere Leih- und Tauschstrategien entwickeln, um dies noch zu bekommen, wenn er jenes dafür organisiert, eruiert, initiiert. „Mann“ kann nicht mehr einladen: *drug pet* – ein andermal!

Nun hat der Sohn auch noch zu studieren begonnen. Unter 300 Lewa im Monat läuft nichts. Die Abiturfeier, obwohl man Jahre darauf sparte, hat ein großes Loch in die Haushaltskasse gerissen, denn als Grundstock zur höheren Bildung hat das Abitur in Bulgarien einen unglaublichen Wert und wird gefeiert wie drei runde Geburtstage auf einmal. „Lernen“ ist, trotz der Tatsache, dass die meisten Universitätsabsolventen keine Stelle finden, noch immer das Tor zur Welt, die Bedingung der Möglichkeit einer menschenwürdigen Existenz; denn wenn man gut ist – und bulgarische Studenten sind im Ausland dafür bekannt –, könnte es der Sohn nach Kanada oder in die USA schaffen, oder wenigstens nach Deutschland, Großbritannien oder, zunehmend, nach Südafrika. Die Universität Russe,

an der er jetzt studiert, bietet ein Ingenieurs- und Informatikstudium auf Weltniveau. Absolventen finden verhältnismäßig leicht Arbeitsplätze im Ausland. Natürlich sieht der Rektor diesen „brain drain“, diesen *istitschane na mosetzi*, mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Er befördert den internationalen Ruf der Universität, aber der bulgarische Staat setzt damit das wenige, was er für Bildung ausgeben kann, in den Sand, da es der eigenen Volkswirtschaft nicht zugute kommt. Was sollen seine Lieblingsstudenten tun, wenn Russe, einst eines der führenden Schwerindustriezentren Bulgariens mit der 2,8 Kilometer langen, doppelstöckigen Donaubrücke und einem der größten Donauhäfen, stirbt? Jetzt hofft er, dass es mit dem Bulgarisch-Rumänischen Interuniversitären Europazentrum vorangeht, das, von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz initiiert, mittelfristig nicht nur bulgarischen und rumänischen Studenten ein Studienjahr an Partneruniversitäten in Deutschland ermöglichen, sondern auch Studenten aus dem europäischen Ausland anziehen soll. Überdies soll es den Grundstock zu einer Euroregion Russe-Giurgiu legen, um die Anziehung europäischer Struktur Fördermittel zu erleichtern.

Die Löhne in Bulgarien sind niedrig. Was der bulgarische Mann verdient – wenn er bei jener Dunkelziffer, über die die offizielle Arbeitslosenquote von 9,8 Prozent hinwegtäuscht, überhaupt etwas verdient –, braucht er für sich, um den männlichen Minimalkonsens zu wahren. Denn der Mann ist das Bindeglied zwischen dem Innenraum des familiären Uterus und der Bühne der Öffentlichkeit in Dorf oder Stadtviertel. Die Frau versorgt Haushalt und Kinder und geht natürlich auch arbeiten – mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur abends zwischen 17 und 21 Uhr im Friersalon, sondern auch tagsüber, damit es wenigstens vorn reicht, dort, wo sich die Familie zur Gemeinschaft öffnet und sich zeigt: mit gut gekleideten und genährten Kindern, die gelernt haben, wie man sich benimmt, und die haben, was die anderen haben: „*Opravim se njakaksi* – wir schaffen’s irgendwie!“

Aus dem bisher Gesagten könnte der Eindruck entstehen, dass die Männer das Straßenbild beherrschen und die Frauen das Haus hüten – war Bulgarien nicht einmal Teil des Osmanischen Reiches, der „europäischen Türkei“? Das ist aber keineswegs der Fall.

Der Unterschied besteht lediglich darin, dass die Männer in der Regel im Café zusammensitzen, während die Frauen, wenn sie es sich leisten können, Shoppen gehen oder Besorgungen machen, um die tausend kleinen Obliegenheiten des Alltags abzuwickeln. In Bulgarien werden Heizung, Strom, Wasser und Telefon noch immer an speziellen Schaltern in der Post oder den Zweigstellen der Wasser- und Stromversorger bar bezahlt. Die kleinen oder großen Rechnungen, Talons oder Zettelchen liegen teils in der Mitte, teils am Ende des Monats ohne Umschlag in den Briefkästen der Blockeingänge, und wenn es, wie in meinem Wohnblock, so ist, dass die meisten Briefkastentürchen abgerissen worden sind von Leuten, die nach dicken Briefen aus dem Ausland suchen, in denen vielleicht Geld steckt, der muss damit leben, dass seine Nachbarn genau wissen, wie viel er telefoniert oder geduscht hat.

Frauen bilden die Mehrzahl der Belegschaft in den Einzelhandelsgeschäften und gastronomischen Betrieben. Die Weiblichkeit wird mit allen Mitteln unterstrichen. Je größer der Kontrast zwischen den Geschlechtern, desto besser. Wer eine gute Figur hat, der zeigt sie; wer schönes Haar hat, der lässt es so lang wachsen, wie es nur irgend geht. Und wer kein schönes Haar hat, der lässt sich, wenn die 500 bis 1 000 Lewa aufzutreiben sind, eine Haarverlängerung machen. Denn langes, gesundes Haar heißt in Bulgarien: Ich bin die bessere Frau. Ich bin fruchtbarer. Ich bin stärker. Ich halte mehr aus. Was für Franzosen das Parfum ist, das ist für Bulgaren das Haar.

Weit entfernt davon, den Lebenshunger ihrer Töchter zu verurteilen, ist die allgemeine Haltung der Eltern den *ditschitza*, den „Kinderchen“, gegenüber von größter Aufopferung geprägt. Alles, was man hat, soll den Kindern zugute kommen. So ist auch die Schönheit der *devojk*, der „Jungfräuleins“, der ganze Stolz der Familie. Schulen für Mannequins und Fotomodelle laden schon Mädchen im Kindergartenalter dazu ein, das richtige Lächeln, den richtigen Schritt auf dem Catwalk hinzubekommen, denn mit spätestens 16 muss alles sitzen. Das Leiden der vielen „kleinen“ Schönheiten, die nicht größer als 1,60 Meter sind, ist unaussprechlich. Sie sitzen resigniert und fasziniert vor dem Fernseher, wenn die Wahl der „Miss Bulgaria“

übertragen wird, ein Ereignis, bei dem sich Jung und Alt darüber begeistern, „was für Schönheit es doch gibt in unserem kleinen Bulgarien“. Diesem öffentlich zur Schau gestellten Schönheitsbedürfnis und dem auch bei den Schlagersternchen evidenten „Sex sells“ entspricht zumindest bei den Älteren keineswegs eine libertinäere Gesinnung.

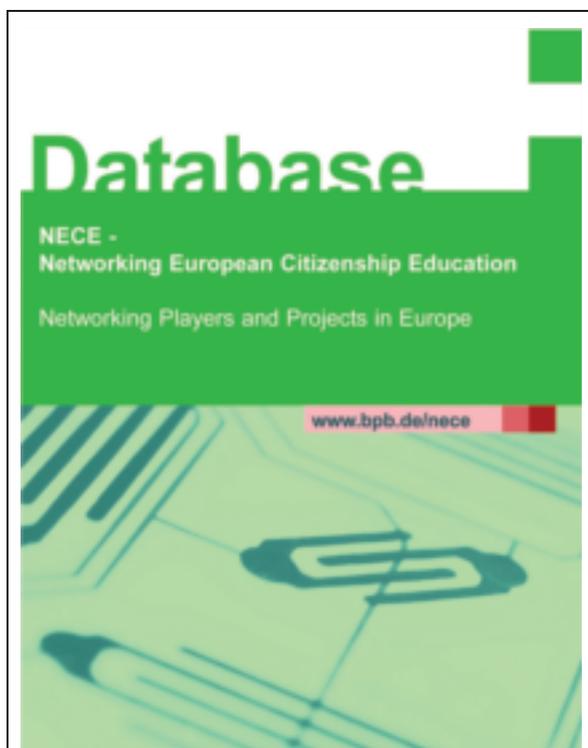
Der Kommunismus war auch deshalb so unbeliebt, weil er sich weder um schöne Autos noch um Mode gekümmert hat. Dem Bedürfnis nach phantasievoller Kleidung entspricht eine Unzahl kleiner Boutiquen, Stoffgeschäfte und Änderungsschneidereien. Sehr viele Bulgarinnen können selbst nähen, denn die subversivste Zeitschrift vor der Öffnung des Eisernen Vorhangs war nicht der „Spiegel“, sondern die „Burda“: Sie versprach die kleine Flucht aus allgegenwärtiger Uniformität, die schon mit der einheitlichen Schultracht begann. Jetzt sind vor den grauen Plattenbauten und den bröckelnden Gründerzeitfassaden im Zentrum Sofias die Farben explodiert. Jedes Geschäft, das Platz dazu hat, stellt seine Produkte vor die Tür; hinzu kommen an jeder Bushaltestelle farbig gestrichene Metallpavillons oder Büdchen, in denen Zigaretten, Pralinen, Billielektronik, Zeitungen, Nüsse, Säfte, Limonaden und Alkohol verkauft werden. Eine gute Flasche Schnaps ist mit vier bis zehn Lewa billiger als eine gute Flasche Wein. Auch in vielen Plattenbauten am Stadtrand sind auf der Rückseite der Eingänge die Wände herausgebrochen, und ein Lädchen oder ein kleines Café hat eröffnet. In den vergangenen Jahren bekamen diese Mini-Cafés Konkurrenz von einer Unzahl von Kaffeeautomaten, die in Windeseile die Städte überzogen haben.

Das *Savoir vivre* der Bulgaren in den Zeiten fortschreitender Armut ist schnell umrissen: Es besteht darin, sich mit Bekannten zu einer Tasse Espresso in einem Mini-Café zu treffen, zu rauchen, zu erzählen und, wenn es der Geldbeutel erlaubt, ein Stück Torte, eine Tafel Schokolade, ein Hörnchen oder einen frittierten Teigring zu essen. Auf dem Weg zur Arbeit holt man sich für 40, 50 Stotinki eine *zakuska*, etwas aus Teig, auf die Hand: eine Teigtasche mit weißem Käse (nicht immer Schafskäse), *tutmanik* (ein weicher Zopfteig mit Käsefüllung) oder einen Hotdog; mittags sind Pizzen am beliebtesten, ein Pizza-Achtel für ein Lev, wobei der Durch-

messer der Pizza beeindruckende 60 bis 70 Zentimeter beträgt. Die Männer ernähren sich eher von Fleisch, zwei bis drei Kebaptschen, Röllchen aus Hackfleisch mit Gewürzen – oder von einer kräftigen Kuttelsuppe. Dazu ein Bier und viel Brot. Eine Spezialität des Landes ist die *bosa* (*bosaja* heißt saugen), ein beigebraunes Gebräu aus Weizen, Wasser und Zucker; sie wird zur *baniza*, der Teigtasche, getrunken. Es ist dickflüssig und säuerlich, aber man gewöhnt sich daran. Die vielen Kohlehydrate, der Alkohol, das Rauchen und die unzähligen Tässchen gesüßten Kaffees, die der Bulgare jährlich trinkt, haben ihn an die erste Stelle der Herzinfarkte in Europa katapultiert.

Aber warum soll man lange schlecht leben? Es wird doch sowieso nicht besser. Die Politiker haben, so Volkes Meinung, seit der nationalen Befreiung vor 130 Jahren, seit der ersten Volksversammlung von 1879, immer nur das eine getan: sich selbst bereichert. Stefan Stambolov etwa hat als armer Schlucker in den Reihen der Revolutionäre unter Einsatz seines Lebens für die Befreiung Bulgariens gekämpft – und wenige Jahre später, als Ministerpräsident, war er ein gnadenloser Etatist, der das Volk schindete und sich nebenbei Häuser und ein Vermögen zusammendiplomatisierte. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Die Abgeordneten, alle 240, sind nach ein paar Jahren im Parlament gemachte Leute. Da wirkt der kleine Vers, in dem der Abgeordnete X der Leserschaft der Zeitung Y in einem Portrait als guter Vater nahe gebracht werden sollte, unfreiwillig entlarvend: „*Spi, detenze sladko, / Deputat e tvojat tatko* – Schlafe, mein süßes Kindelein, / dein Vater kam ins Parlament hinein!“

Diese Streiflichter über ein gar nicht so kleines Land (es hat die Größe der ostdeutschen Bundesländer) am südöstlichen Rand Europas mögen zeigen, dass dort, wo nichts mehr möglich zu sein scheint, immer noch das Unmögliche passieren kann. Reste archaischen Wunderglaubens, ungebrochene Traditionslinien und die vielen Fest- und Feiertage kirchlicher, staatlicher oder heidnischer Provenienz erzeugen ein Gefühl unterschwelliger Euphorie. Es ist, als ob unter sehr viel Asche immer noch sehr viel Glut loht.



Who is Who in Citizenship Education in Europe?

Die Akteure der politischen Bildung in Europa stehen bislang nur unzureichend miteinander in Kontakt, ein Fachdiskurs auf europäischer Ebene findet kaum statt. Das Zusammenwachsen Europas erfordert aber verstärkt transnational ausgerichtete politische Bildungsarbeit. Im Rahmen des Schwerpunktes NECE – Networking European Citizenship Education befördert die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb den transnationalen Austausch von Methoden und Konzepten – face to face und virtuell.

Die **NECE-Datenbank** ist das erste europäische Portal, das die Vielfalt der Experten, Projekte und Initiativen bündelt und abrufbereit macht. Die bpb und die Universität Bielefeld haben das englischsprachige Datenbanksystem entwickelt. Die NECE-Datenbank unterstützt die europaweite Vernetzung von Experten und Projekten aus Bildung, Politik, Kultur und Gesellschaft. Detaillierte Suchanfragen ermöglichen es, nach bestimmten Kategorien von Organisationen, nach Ländern und Arbeitsschwerpunkten zu suchen und direkten Kontakt zu Partnern aufzunehmen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, eigene Einträge vorzunehmen, so dass die Datenbank stetig ausgebaut wird.

Nutzen Sie die umfangreichen Möglichkeiten dieses neuen europäischen Datenbanksystems und leisten Sie Ihren Beitrag zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.

Unter www.bpb.de/neces können Sie sich eintragen oder Ihre Suchanfrage starten.

APuZ

Nächste Ausgabe 28–29/2006 · 10. Juli 2006

Dialog der Kulturen

Sinasi Dikmen

Solange man dich noch sieht

Olivier Roy

Der Islam in Europa – eine Ausnahme?

Wolfgang Günter Lerch

Der Islam in der Moderne

Naika Foroutan

Kulturdialoge in der politischen Anwendung

Levent Tezcan

Interreligiöser Dialog und politische Religionen

Armin Nassehi

Dialog der Kulturen – wer spricht?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Andreas Kötzing (Volontär)
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Rumänien und Bulgarien *APuZ* 27/2006

Richard Wagner

3-6 **Autistische Nachbarn**

Rumänien und Bulgarien sind als autistische Nachbarländer für die südosteuropäische Peripherie nicht untypisch. Den Gesetzen des Randes folgend, blicken sie aneinander vorbei und wie gebannt auf das Zentrum.

Olaf Leiß

6-13 **Rumänien und Bulgarien vor dem EU-Beitritt**

Die Rückkehr Rumäniens und Bulgariens nach Europa gestaltet sich auch 16 Jahre nach dem Ende des Kommunismus sehr schwierig. Für beide Länder hat der EU-Beitritt oberste politische Priorität.

Lucian Boia

13-20 **Historische Wurzeln der politischen Kultur Rumäniens**

Die periphere Lage Rumäniens hat kulturelle Eigenheiten begründet: die Dialektik des Rückzuges auf sich selbst bei gleichzeitiger Öffnung in Richtung ausländischer Vorbilder; eine starke Identifikation mit der Nation; die Tendenz zum politischen Autoritarismus.

Ivaylo Ditchev

20-28 **Die geheimen Freuden des Provinzialismus**

Einerseits besteht nahezu einhelliger Konsens über die europäische Orientierung Bulgariens, andererseits aber lassen Meinungsumfragen offen antieuropäische Haltungen zutage treten.

Ana Blandiana

28-32 **Kann man Erinnerung lernen?**

Das rumänische Memorial Sighet ist ein Symbol für die Bedeutung und die Notwendigkeit der Erinnerung für die Existenz der Zivilgesellschaft. Ohne sie wird das Volk zur Masse und die Geschichte zu einer unglaublichen Erzählung von der Entstellung des kollektiven Geistes.

Thomas Frahm

32-38 **Savoir vivre auf Bulgarisch**

Die Länder des Balkans nehmen auf unserer geistigen Landkarte immer noch einen nur geringen Raum ein, und vieles spricht dafür, dass Bulgarien das Schlusslicht bildet. Der Beitrag gibt „auf Augenhöhe“ Einblicke in den Alltag der Menschen.